



KRISE DER REGIERUNGSKOALITION HALTUNG ZUM SÜDOSSETIENKRIEG ORTHODOXE KIRCHE

■ KOMMENTAR	
Much Ado About Nothing: Die Normalisierung der ukrainischen Politik und die Parlamentskrise 2008	2
Von Andreas Umland, Kiew/Eichstätt	
■ PRESSESTIMMEN	
Die Koalitionskrise	4
■ UMFRAGE	
Politische Präferenzen der ukrainischen Bevölkerung	7
■ KOMMENTAR	
Die Krim als neuer »Frozen Conflict«? Von Rainer Lindner, Berlin/Konstanz	11
■ ANALYSE	
Interner Machtkampf dominiert Kiews Außenpolitik. Die politische Elite der Ukraine und der russisch-georgische Konflikt. Von André Härtel, Kiew/Jena	12
■ DOKUMENTATION	
Ukrainische Stellungnahmen zum russisch-georgischen Konflikt	15
■ UMFRAGE	
Die öffentliche Meinung in der Ukraine zum russisch-georgischen Konflikt und seinen Folgen für die Ukraine	18
■ ANALYSE	
Zur kirchlichen Situation in der Ukraine. Von Thomas Bremer, Münster	21
■ CHRONIK	
Vom 24.6.2008 bis 9.9.2008	25

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 23.9.2008. Themen werden die innenpolitische Krise, die Vorbereitungen für die Fußball-Europameisterschaft 2012 sowie die Geschichtspolitik bezüglich des Zweiten Weltkriegs sein.



Kommentar

Much Ado About Nothing: Die Normalisierung der ukrainischen Politik und die Parlamentskrise 2008

Von Andreas Umland, Kiew/Eichstätt

So frustrierend der jüngste politische Konflikt in der Ukraine, so enttäuschend das mögliche Scheitern auch der dritten orangen Koalition für manche Beobachter sein mag: Der Lauf der letzten Ereignisse in der Ukraine illustriert eine langsame Verfestigung grundlegender politischer Spielregeln, wie sie auch die westliche Partei- und Parlamentspolitik in dieser oder jener Form bestimmen. Die als »Orange Revolution« bekannt gewordene zivilgesellschaftliche Massenaktion von 2004 und auch der unmittelbar daraus hervorgegangene politische Diskurs war von den hohen Idealen und dem maximalistischen Pathos der siegreichen Opposition sowie ihrer hunderttausenden Unterstützer geprägt; er kam daher einer postrevolutionären Ausnahme-situation nahe. In den letzten Wochen hingegen verstärkt sich der Eingang demokratischer Normalität in der ukrainischen Politik – mit all ihrer scheinbaren Prinzipienlosigkeit, ihrem offensichtlichen Zynismus und ihrer prozessualen Abgebrühtheit in der Austragung politischer Auseinandersetzungen.

Der Bruch der ersten beiden orangen Koalitionen war, wie auch der Zerfall der dritten, Folge der dubiosen Ambitionen exzentrischer Figuren im Umfeld des Präsidenten. 2005 und 2006 entfremdete das blinde Machtstreben vor allem des »orangenen Oligarchen« und Juschtschenko-Vertrauten Petro Poroschenko (sowie einiger anderer inzwischen nur noch wenig einflussreicher Politiker) die einstigen Partner des Präsidenten auf dem Unabhängigkeitsplatz. In den vergangenen Monaten trat der Leiter der Präsidentschaftsadministration Viktor Baloha in der Rolle des Chefdestruktors des orangenen Lagers auf. Balohas Verhalten kann man im Lichte der offensichtlichen strategischen Interessen des präsidient-nahen Parteienbündnisses »Unsere Ukraine« nur als bizarr bezeichnen. Nach einer Vielzahl provokativer Schritte und Aussagen in den vergangenen Monaten verstieg sich Baloha diesen Sommer u. a. dazu, Timoschenko öffentlich zu beschuldigen, sie würde die nationalen Interessen der Ukraine an Russland verraten und wandte sich mit diesem Vorwurf sogar an die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft.

Der neuerliche Missgriff Viktor Juschtschenkos in der Personalpolitik erinnert an dessen frühere Fehlbesetzungen in seiner unmittelbaren Umgebung (Poroschenko, Swarytsch, Bessmertny u. a.). Allerdings unter-

scheidet sich das jüngste Ergebnis dieser neuerlichen Opferung – man sollte meinen – grundlegender politischer Ziele des orangenen Lagers zugunsten idiosynkratischer persönlicher Personalpräferenzen und machtpolitischer Kalkulationen des ukrainischen Präsidenten. Während bislang allen voran Julia Timoschenko als gewählte bzw. designierte Regierungschefin die Rechnung für die Intrigen der präsidentialen Entourage zu zahlen hatte, könnte nun Juschtschenko und der ihn unterstützende Wahlblock selbst Leidtragender dieser neuerlichen Unterwanderung des Projektes der »Orangen Revolution« durch einen selbstherrlichen Assistenten des Präsidenten werden.

Nach Monaten merkwürdiger Verbalattacken Balohas sowie seiner Vertreter auf Timoschenko und deren Politik als Regierungschefin ergriff die Ministerpräsidentin Anfang September die Initiative, nahm einen an und für sich sekundären Streit um eine öffentliche Bewertung der russischen Intervention in Georgien zum Anlass und brach am 2. September de facto aus der Regierungskoalition aus. Zwar geschah die öffentliche Aufkündigung der dritten orangenen Koalition erst einige Stunden später durch die Führung von Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes (und selbst dies ohne Absprache mit einigen Komponenten des präsidientialen Parteienbündnisses). Allerdings waren es die zuvor erfolgten gemeinsamen Abstimmungen des Blocks Timoschenko und der oppositionellen Partei der Regionen im Parlament, welche die Koalitionsvereinbarungen mit der präsidientialen Fraktion bereits torpedierten.

Die unmittelbare Folge dieser Parlamentskrise könnte sowohl eine Wiederherstellung der orangenen Koalition bzw. ein Weiterregieren Timoschenkos als amtierende Ministerpräsidentin (womöglich als Chef einer Minderheitsregierung) als auch die Entstehung einer neuen Koalition unter Einschluß der Partei der Regionen bzw. sogar Neuwahlen zum Parlament, ja eventuell vorgezogene Präsidentschaftswahlen sein. Welches dieser Szenarien sich letztlich materialisieren wird, stellt sich inzwischen jedoch als aus demokratie-theoretischer Sicht zweitrangig dar. Folgenreicher ist, dass sowohl der Personenzentrismus als auch der Moralismus der »postrevolutionären« ukrainischen Politik nun – nach vielen früheren Desillusionierungen

– sein endgültiges Ende zu finden scheint. Das orange Lager ist nach dem Befreiungsschlag Timoschenkos keine Geisel der destruktiven Personal- und Machtpolitik Juschtschenkos mehr, ja die spezifische politische Bedeutung von »Orange« in der ukrainischen Politik verschwindet angesichts der heute ernsthaft diskutierten neuen Kombinationen im Koalitionspoker der Parlamentsfraktionen. Emotionale Verweise auf »Verrat«, »Treue«, »Betrug« oder »Prinzipienfestigkeit« sowie die grundsätzliche Teilung in »Orange« und »Blau-Weisse« in der täglichen Diskussion zwischen den Politikern sind zwar weiter präsent. Mit der jüngsten, demonstrativen Kooperation des Blocks Timoschenko und der Partei der Regionen verlieren die diskursiven Grundpfeiler der ersten beiden »nachrevolutionären« Jahre jedoch merklich an Gewicht.

In den Vordergrund rückt die Frage, welche politischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen mit welchem Fraktionsbündnis zu erreichen sind. Politischer Pragmatismus verdrängt zusehends politischen Idealismus und Fundamentalismus – wenn auch noch nicht vollends. Nicht Antipathien und Sympathien zwischen einzelnen Führungsfiguren, sondern die Logik der fraktionellen Auseinandersetzung im Parlament bzw. die exakten Modi der Gewaltenteilung im ukrainischen Staatsgebilde werden anscheinend jene Fragen sein, die von nun an den Verlauf des Tagesgeschäfts maßgeblich bestimmen werden.

Bis vor kurzem war es noch von prinzipieller Wichtigkeit, Informationen zur Biographie und zu den Aktivitäten einiger ausgesuchter Macher in den obersten Machttagen der verschiedenen Staatsorgane zu kennen. Nunmehr erscheint es relevanter, Parteidokumente zu lesen, Interessengruppen zu identifizieren sowie Mandatsträger zu zählen und abzuschätzen, welche programatische Überschneidungen Chancen auf eine gesetzgeberische Umsetzung haben. Was Baloha und andere mehr oder minder einflussreiche Juschtschenko-Gehilfen hierüber denken und äussern, erscheint dagegen als nur noch wenig folgenreich. Die Macht wandert ins Parlament sowie in die Parteien und deren Unterstützer aus der Wirtschaft.

Das Ende der »nachrevolutionären« Polarisierung in der ukrainischen Politik war freilich schon zuvor etwa durch die temporäre Allianz von »Unsere Ukraine« mit der Partei der Regionen, das Zusammengehen Timoschenkos mit dem einstigen Kutschma-Assistenten Viktor Medwedschuk sowie viele ähnliche Facetten ein-

gleitet worden. Nach den jüngsten Ereignissen ist nun sogar eine gewisse Ähnlichkeit mit den Koalitionsspekulationen nach den letzten Bundestagswahlen festzustellen. Wie auch nach der deutschen Parlamentswahl 2005 vielerlei Fraktionskombinationen (Große Koalition, Ampel- bzw., Jamaika-Koalition usw.) debattiert wurden, so werden derzeit in der ukrainischen Presse die verschiedensten politischen Szenarien entworfen.

Während es nach 2004 zunächst schien, als ob die Fronten im Kiewer parlamentarischen Tagesgeschäft abgesteckt sind, wird heute kaum eine Variante möglicher Zusammenarbeit verschiedener Wahlblöcke und Parteien ausgeschlossen. Dabei werden konträre Koalitionen und Neuwahloptionen ohne besondere Aufregung diskutiert, und es interessieren weniger ethische Aspekte oder die ideologische Kohärenz dieser oder jener Kräftekonstellation und Konfliktlösungsstrategie, als deren relative Realisierungs- und längerfristige Überlebenschancen. Obwohl es bei derlei Spekulationen nicht an bitterem Sarkasmus gerade der prowestlichen Kommentatoren mangelt, erscheint die Freimütigkeit und Emotionslosigkeit mit der verschiedene politische Alternativen inzwischen diskutiert werden, eher als Zeichen gewachsener Reife denn als Ausdruck eines Richtungsverlusts in der ukrainischen Politik. Sollte auch diese Krise mit jener Mäßigung und Ordentlichkeit, wie dies für die letzten Kiewer Konfliktüberwindungen bereits charakteristisch war, gelöst werden, dürfte das jetzige Interregnum ein weiterer wichtiger Schritt zur Konsolidierung der jungen ukrainischen Demokratie werden.

Die aus sowohl politik-pragmatischer als auch demokratie-theoretischer Sicht wichtigste Neuerung, die der Ukraine verbleibt, ist die Abschaffung des immer noch mächtigen Präsidentenamtes bzw. seine Ersetzung durch eine rein repräsentative Position. Ob nun der jüngste Koalitionspoker im Parlament, die erbitterten Wortschlachten zwischen Regierung und Präsidialadministration der letzten Zeit oder Ergebnisse jüngster vergleichender politikwissenschaftlicher Forschung: alles weist darauf hin, dass das Institut des Präsidenten bestenfalls unnützlich und schlimmstenfalls schädlich für die Verfestigung junger Demokratien im allgemeinen und die Konsolidierung des ukrainischen politischen System im besonderen ist. Bleibt zu hoffen, dass der sich diesbezüglich bereits einstellende Konsens in der Ukraine stark genug sein wird, die Beharrungskräfte vor allem um den scheidenden Präsidenten zu überwinden.

Über den Autor

Dr. Andreas Umland ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Mittel- und Osteuropäische Zeitgeschichte der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« (www.ibidem-verlag.de/spss.html) und Moderator der Web Group »Russian Nationalism« (groups.yahoo.com/group/russian_nationalism/).

Pressestimmen

Die Koalitionskrise

Die Koalition ist zerbrochen. Was kommt jetzt?

Focus (Kiew), 04.09.2008

Die skandalöse Scheidung der Parteien »Block Julia Timoschenko« und »Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung« ist nicht nur ein Scheitern der dritten parlamentarischen Koalition in den letzten zwei Jahren, sondern auch ein Scheitern der eigentlichen Idee, langfristige Koalitionen zwischen politischen Parteien zu bilden.

<http://focus.in.ua/article/43779.html>

Die prowestliche Koalition zerbröckelt während Präsident vor einem politischen Putsch warnt

Kyiv Post (Kiew), 04.09.2008

[...] Die Experten sagen, dass wenn das Bündnis aus Partei der Regionen und BJuT [Block Timoschenko] im Parlament öffentlich gemacht wird, nicht klar ist, ob eine weitere Blitzwahl eingeleitet wird. Beide Lager könnten an der situationsbedingten Partnerschaft festhalten, um Juschtschenko einzugrenzen, indem sie ihn durch die Androhung einer Amtsenthebung in Schach halten. [...]

[...] Experten sagen, dass die Partei der Regionen, der Block Julia Timoschenko und die Kommunisten verschiedene Motive haben, um ihre Kräfte gegen Juschtschenko zu bündeln. Einige von ihnen finden ihn persönlich unangenehm; andere halten ihn für einen schwachen Politiker, oder sie wollen lediglich das Präsidentenamt schwächen, unabhängig davon, wer das Amt innehat. [...] Was auch immer die Motive sein mögen, die frischgebackene Mehrheit hat sich in zwei Wahldurchgängen klar für ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten ausgesprochen. Sie haben eine ad hoc-Untersuchungskommission des Parlaments eingesetzt, die schnell in der Lage sein würde, ein Amtsenthebungsverfahren durchzuführen. [...] Nach einem Jahrzehnt unter der präsidentialen Führung von Leonid Kutschma rufen viele Politiker nach einem schwächeren Staatsoberhaupt, was ein Schritt wäre, der die Ukraine in ein vollständiges parlamentarisches System umwandeln würde.

<http://www.kyivpost.com/nation/29586/>

Die Krise in der Ukraine: ein Rückschlag für die euroatlantischen Perspektiven

Kyiv Post (Kiew), 05.09.2008

Die derzeitige Krise in der Ukraine ist ein neuer Rückschlag für die Aussichten des Landes auf den NATO- und EU-Beitritt. [...] »Es ist ein sehr schlechter Zeitpunkt«, sagt Andrew Wilson, ein Experte des European Council on Foreign Relations (ECFR).

»Die Unfähigkeit der Ukraine, ihren eigenen Haushalt in Ordnung zu halten, ist der eigentliche Grund dafür, dass viele europäische Staaten die Ukraine in der EU nicht sehen wollen. Hier geht es nicht um die traditionelle Spaltung der Europäischen Union wegen unterschiedlicher Haltungen gegenüber Russland, sondern vielmehr darum, ob die Ukraine die notwendigen Reformen durchführen kann und was in nächster Zukunft auf das Land zukommt.« EU-Politiker sagten, dass man auf dem kommenden Gipfel im französischen Evian der Ukraine ursprünglich eine Reihe von Zugeständnissen machen wollte. Unter anderem habe man die Verhandlungen zu langfristigen Visa-Erleichterungen geplant. Außerdem wollte man ein Assoziierungsabkommen erarbeiten, das die zukünftige Mitgliedschaft der Ukraine in der EU vorsehe. Aber die Spaltung der Koalition habe dazu geführt, dass kein klares Statement bezüglich eines möglichen EU-Beitritts der Ukraine auf dem Gipfeltreffen gemacht werden könnte, so europäische Politiker. [...]

<http://www.kyivpost.com/top/29597/>

Sieht die Ukraine ihre nationalen Interessen wirklich?

Den (Kiew), 05.09.2008

In der gegenwärtigen innenpolitischen Krise war der außenpolitische Faktor von großer Bedeutung. Und zwar sind die drei wichtigsten Präsidentschaftskandidaten (Juschtschenko, Timoschenko und Janukowitsch) auf der Suche nach zuverlässigen, angesehenen und bedeutsamen Verbündeten im Ausland.[...]

<http://www.day.kiev.ua/251030/>

Regierungskrise in der Ukraine

Nesawissimaja Gazeta (Moskau), 04.09.2008

[...] Die am Dienstag gefällten Entscheidungen haben tatsächlich die Position der Regierungschefin auf Kosten der Kompetenzen des Präsidenten gestärkt. [...] Um die Eingrenzung der eigenen Kompetenzen zu verhindern, hat sich der Präsident bereit erklärt, die Werchowna Rada aufzulösen. Andererseits sei die Umgebung von Viktor Juschtschenko nicht für neue Wahlen bereit, behaupten die Experten. Sie weisen darauf hin, dass die Pro-Präsidenten-Fraktion eine Spaltung erlebe, da die Bewegung »Nationale Selbstverteidigung« sich geweigert hat, die Partei »Unsere Ukraine« zu unterstützen und ihren Übertritt auf die Seite von Julia Timoschenko verkündet hat. Die neue Pro-Präsidenten-Partei »Einiges Zentrum« ist erst in der Entstehungsphase. Und die Umfragewerte von Juschtschenko selbst liegen bei noch nicht mal 10 %. Das bedeutet, dass im Falle von Wahlen im November, Juschtschenko ohne jegliche, selbst symbolische, Unterstützung verbleiben könnte, was angesichts der Teilnahme an dem Wahlkampf um das Präsidentenamt gefährlich ist. [...]

http://www.ng.ru/cis/2008-09-04/8_ukraina.html

Timoschenko und Juschtschenko sind von Dick Cheney vorgeladen. Der Westen verfolgt aufmerksam die Situation in der Ukraine

Nesawissimaja Gazeta (Moskau), 05.09.2008

[...] Gestern Abend ist der amerikanische Vize-Präsident Dick Cheney zu einem zweitägigen Besuch in Kiew eingetroffen. [...] Es war ursprünglich geplant, dass Dick Cheney und Viktor Juschtschenko die Kaukasus-Krise und die Schaffung eines neuen europäischen Sicherheitssystems besprechen. Jetzt stehe die innenpolitische Lage in der Ukraine ganz oben auf der Tagesordnung, so Vertreter des Sekretariats des ukrainischen Präsidenten. Diese hindert die Ukraine daran, eine zuverlässige Stütze der USA im postsowjetischen Raum zu werden. [...]

http://www.ng.ru/cis/2008-09-05/9_ukraina.html

Der orangefarbene Untergang

Iswestija (Moskau), 04.09.2008

[...] Bei der momentanen Konstellation ist die Auflösung der Rada weder Janukowitsch, und schon gar nicht Timoschenko recht. Wozu sollten sie die Wahlen außer der Reihe brauchen können, wenn die Macht eh zu ihnen kommt? Eine andere Sache ist da der Präsident. Viktor Juschtschenko ist die derzeitige Situation nicht recht. Erstmal aber wechselt der höchste Amtsträger des Staates praktisch in die Opposition – Juschtschenko kann keinen Einfluss auf Entscheidungen des Parlaments nehmen, in dem seine Gegner eine verfassungsändernde Mehrheit haben. Dem Präsidenten wurde schon angedroht, dass, wenn er seinen Eifer nicht zügelt, die Rada auch ein Amtsenthebungsverfahren einleiten könnte. [...]

[...] »In der Ukraine ist dasselbe passiert, wie auch in Georgien, nur auf friedlichem Wege. Der Präsident hat gespielt und verspielt«, erklärte der Politologe Kost Bondarenko dieser Zeitung. »Als die Gewinnerseite muss man Russland anerkennen. Sie bekommt in der Ukraine eine parlamentarische Koalition, deren beide Anführer, Janukowitsch und Timoschenko, bereit sind, die Interessen Moskaus zu berücksichtigen.« [...]

<http://www.izvestia.ru/ukraina/article3120144/>

Garant der Verfassungsänderung Kommersant (Moskau), 05.09.2008

[...] Die Beobachter in Kiew erklären die letzten Gesetzesinitiativen, die von Julia Timoschenko eingebracht worden sind und die auf die Schwächung der Vertikale des Präsidenten abzielen, damit, dass Timoschenko die Idee aufgegeben habe, für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2010 zu kandidieren. Stattdessen wolle sie unter dem neuen Präsidenten Viktor Janukowitsch den Posten der Premierministerin behalten. Dies veranlasse sie schon jetzt dazu, ihre Kräfte auf die Stärkung der Exekutive zu konzentrieren, so die Experten. [...]

<http://kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=1020562&NodesID=5>

Regierungskoalition in Kiew am Ende FAZ (Frankfurt am Main), 03.08.2008

[...] In den vergangenen Monaten war das Ansehen Juschtschenkos, der die Ukraine energisch in das nordatlantische Bündnis führen will, schnell verfallen, während Timoschenko, die sich in Sachen Nato zurückhält, weiter relativ gute Umfrageergebnisse erzielte. [...] Timoschenkos Zurückhaltung im Georgien-Konflikt ist nun anscheinend als ihr schwacher Punkt identifiziert worden. In die Rolle der Moskauer Erfüllungsgehilfin gedrängt, soll die Regierungschefin offenbar vor die Wahl gestellt werden, entweder im Westen der Ukraine durch weitere Uneindeutigkeiten Ansehen zu verlieren, oder sich durch eine klare Positionierung gegen Russland im Osten unbeliebt zu machen.

<http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E6399DD8323374766BCC03C49FD249732~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Ein zerrissenes und verunsichertes Land Die Süddeutsche Zeitung (München), 03.08.2008

Die Regierungskrise kommt zu einer denkbar schlechten Zeit, da es für die Ukraine wichtig wäre, nach außen geschlossen aufzutreten und einheitliche Positionen zu vertreten.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/686/308629/text/>

Ängste verbreiten sich in der Ukraine nach dem Zerfall der prowestlichen Koalition Financial Times (London), 04.08.2008

[...] Selbst wenn die Regierungskoalition zerbricht, wird die Ukraine ihren europäischen Weg weitergehen, wenn auch mit kurzfristigen Abweichungen. Dieses Szenario würde den Beitritt der Ukraine zur EU und NATO erschweren und verzögern. [...]

http://www.ft.com/cms/s/0/bccca6a2-7a1a-11dd-bb93-000077b07658.html?nclick_check=1

Kommentar: Die Ukraine ist wieder in der Klemme Postimees (Tallin), 04.09.2008

[...] Die Orangene Revolution hat allen Hoffnungen gemacht. Damals glaubte man, dass Nichts und Niemand die Ukraine von ihrem europäischen Kurs abweichen lassen kann. Es hat sich jedoch leider herausgestellt, dass innere Widersprüche im Land dies doch können. So sterben jetzt, vier Jahre später, die großen Hoffnungen in der Ukraine. Dies tut sehr weh. Gerade jetzt, nach dem aggressiven Vorgehen Russlands in Georgien, ist Einheit in der Ukraine geboten, weil Russland, das seinen Einfluss auf die Ukraine zu verbreiten sucht, es nicht versäumen wird, die Schwächen der Ukraine auszunutzen.

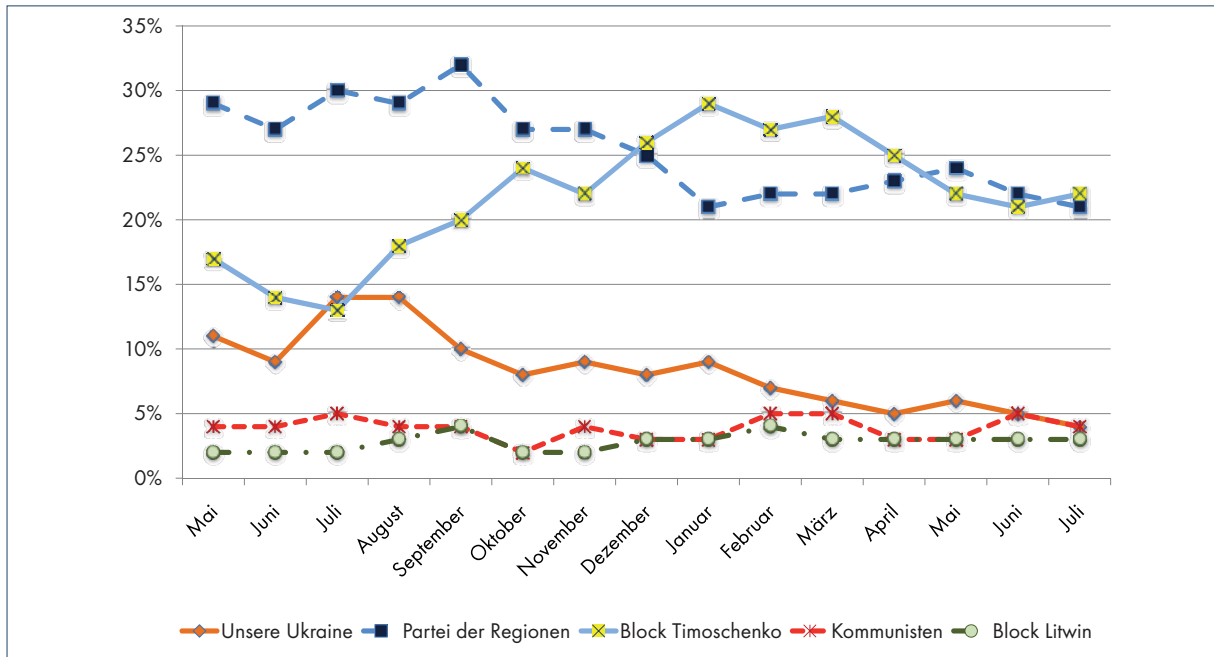
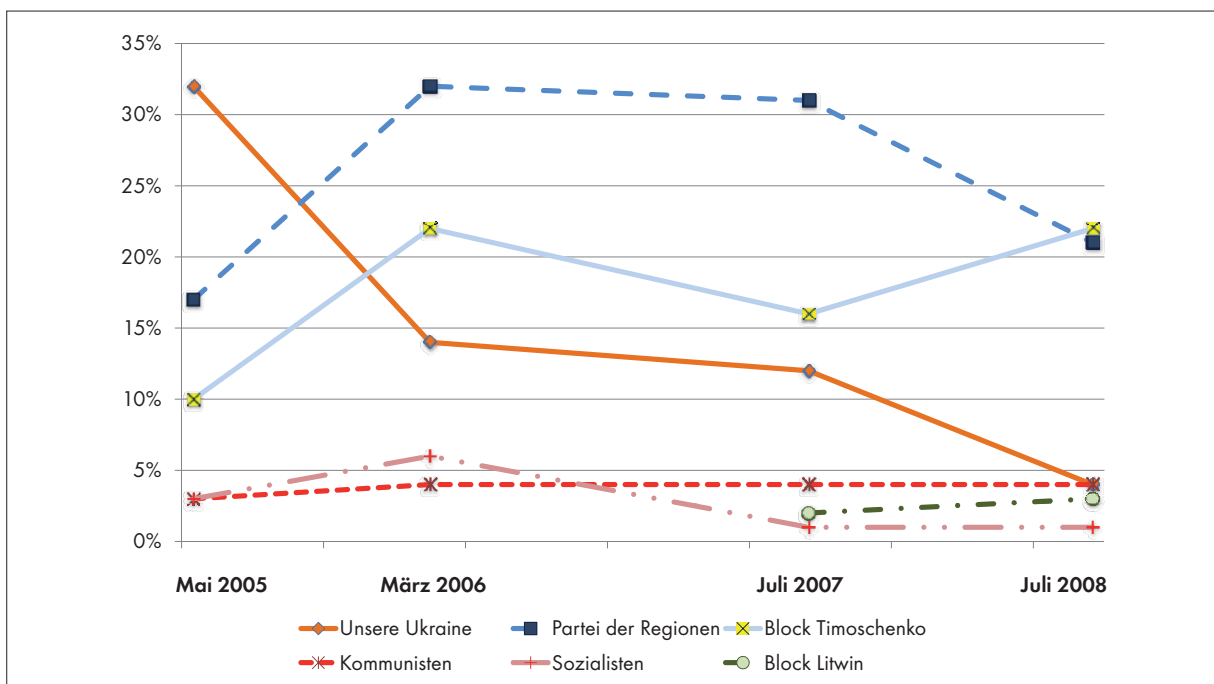
<http://rus.postimees.ee/040908/glavnaja/mnenie/40150.php>

Zusammengestellt und übersetzt von Anna A. Petrova und Alexandra Wyschkina.

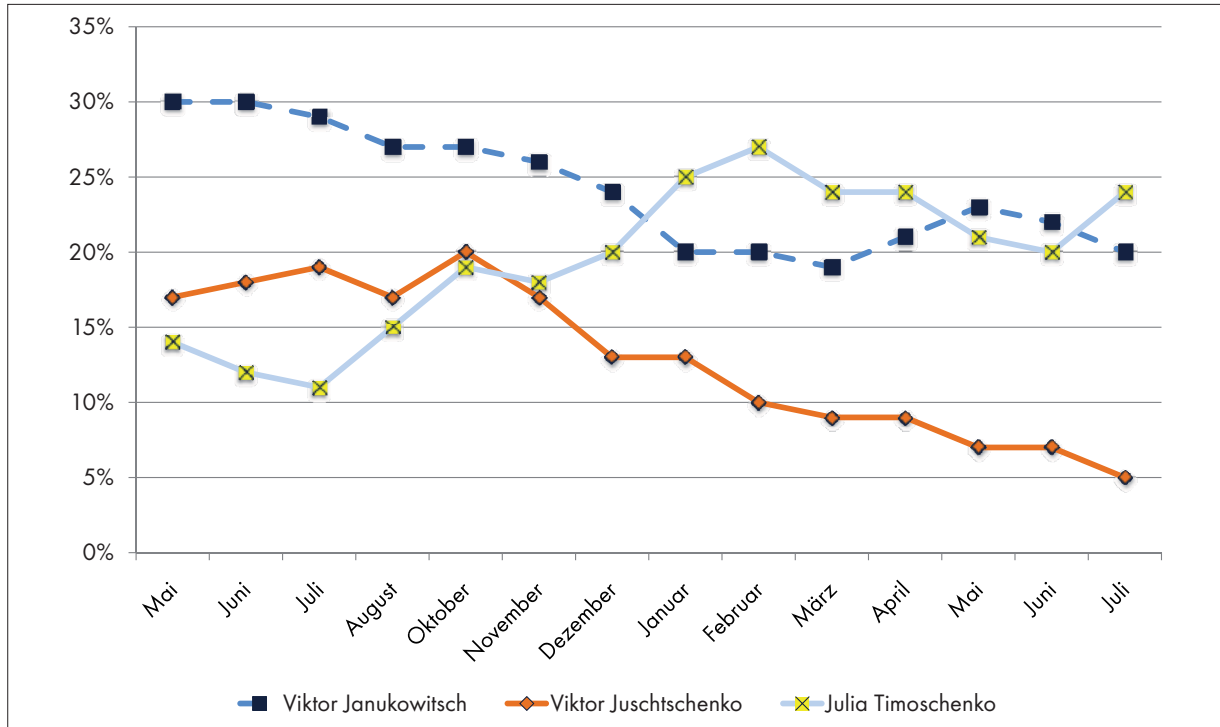
Umfrage

Politische Präferenzen der ukrainischen Bevölkerung

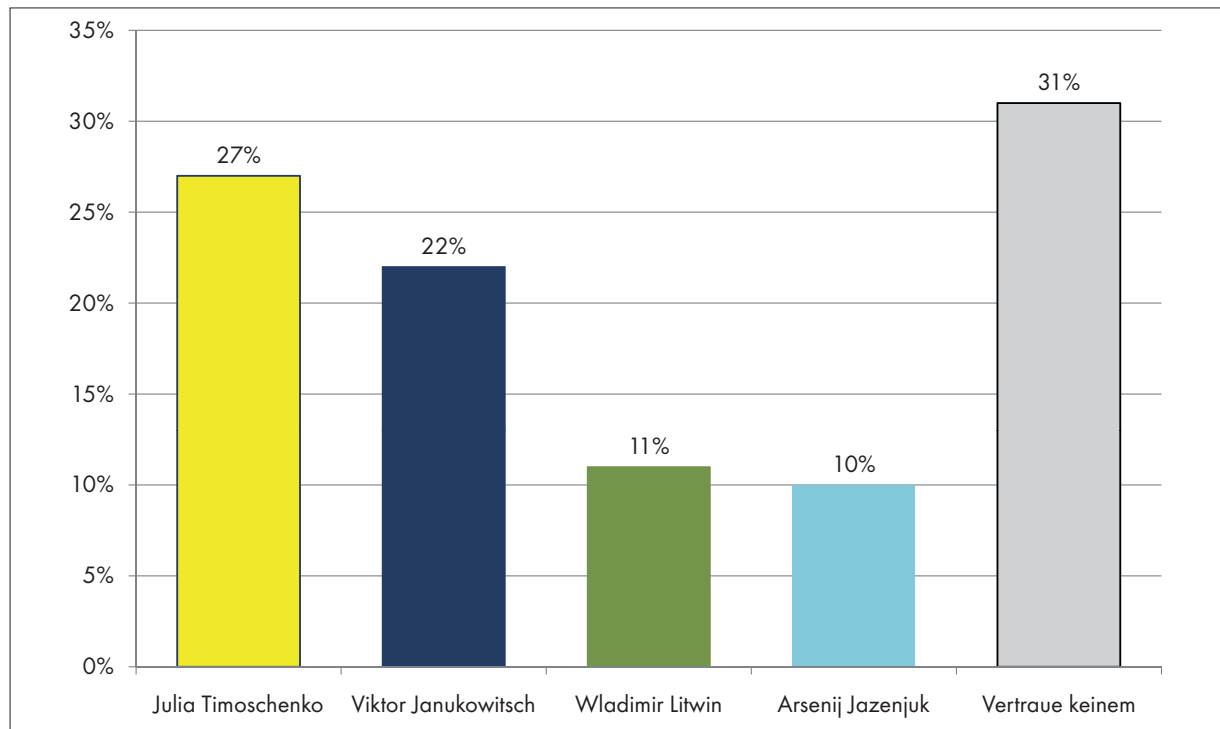
 Quelle: Repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo

 Grafik 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn Sonntag Parlamentswahlen wären?
 Kurzfristige Trends Mai 2007 bis Juli 2008

 Grafik 2: Welche Partei würden Sie wählen, wenn Sonntag Parlamentswahlen wären?
 Langfristige Trends 2005–08


Grafik 3: Welchen ukrainischen Politiker würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Präsidentschaftswahl wäre? Kurzfristige Trends Mai 2007 bis Juli 2008

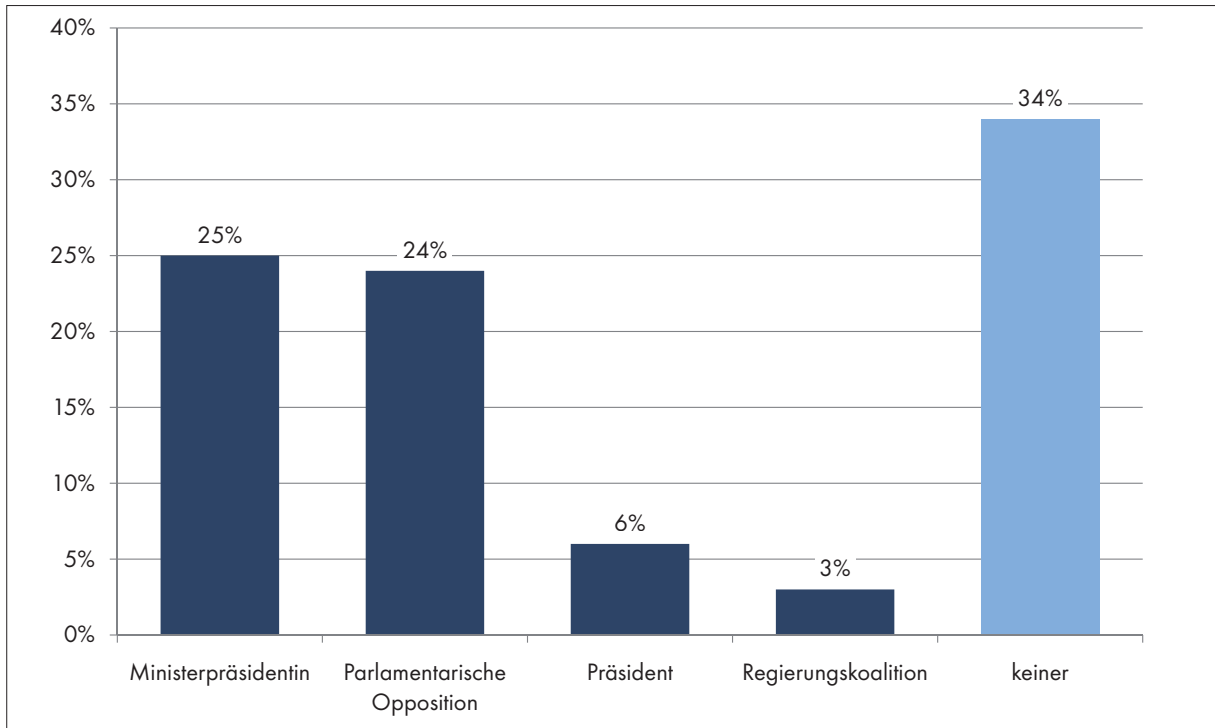


Grafik 4: Welchen ukrainischen Politikern vertrauen Sie? (beliebig viele Antworten, Juli 2008)

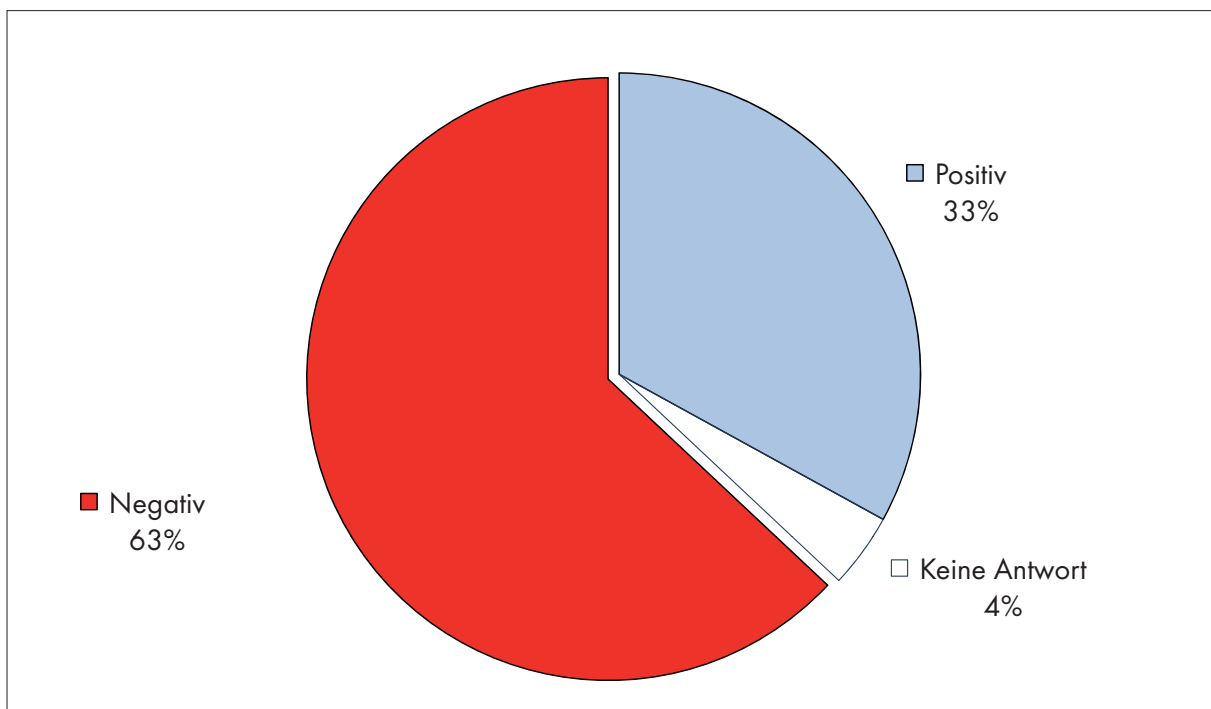


Anmerkung: Alle Politiker mit einem Anteil von mindestens 10 %

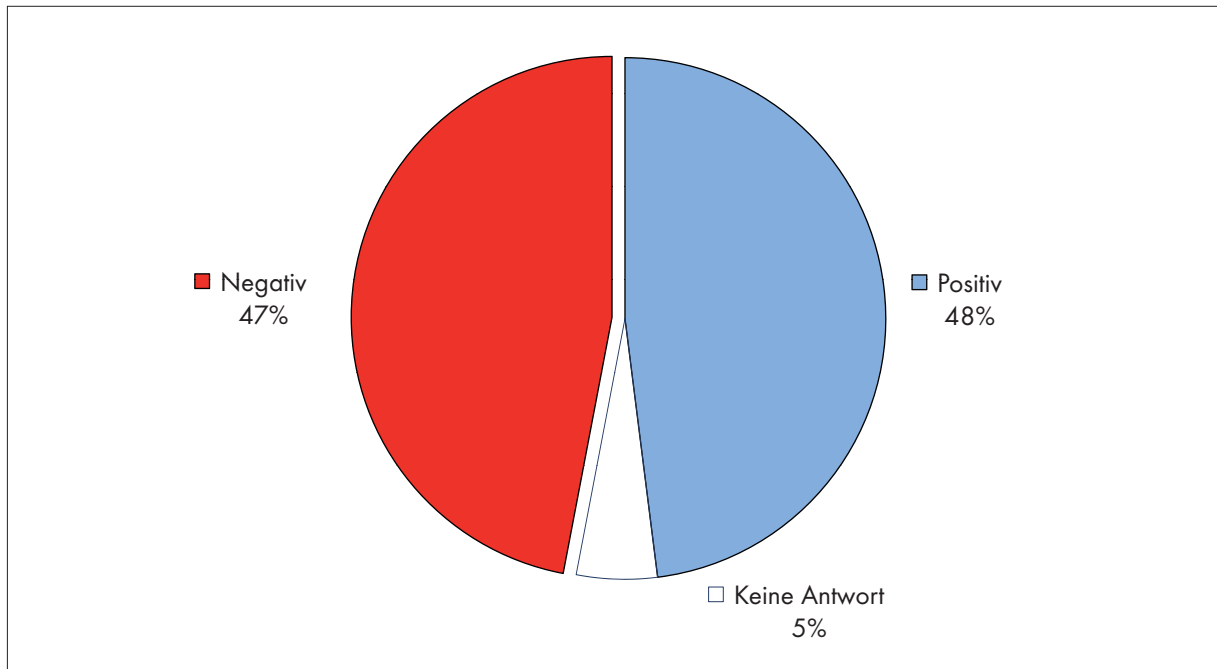
Grafik 5: Welcher politischen Kraft in der Ukraine vertrauen Sie derzeit am meisten? (Juli 2008)



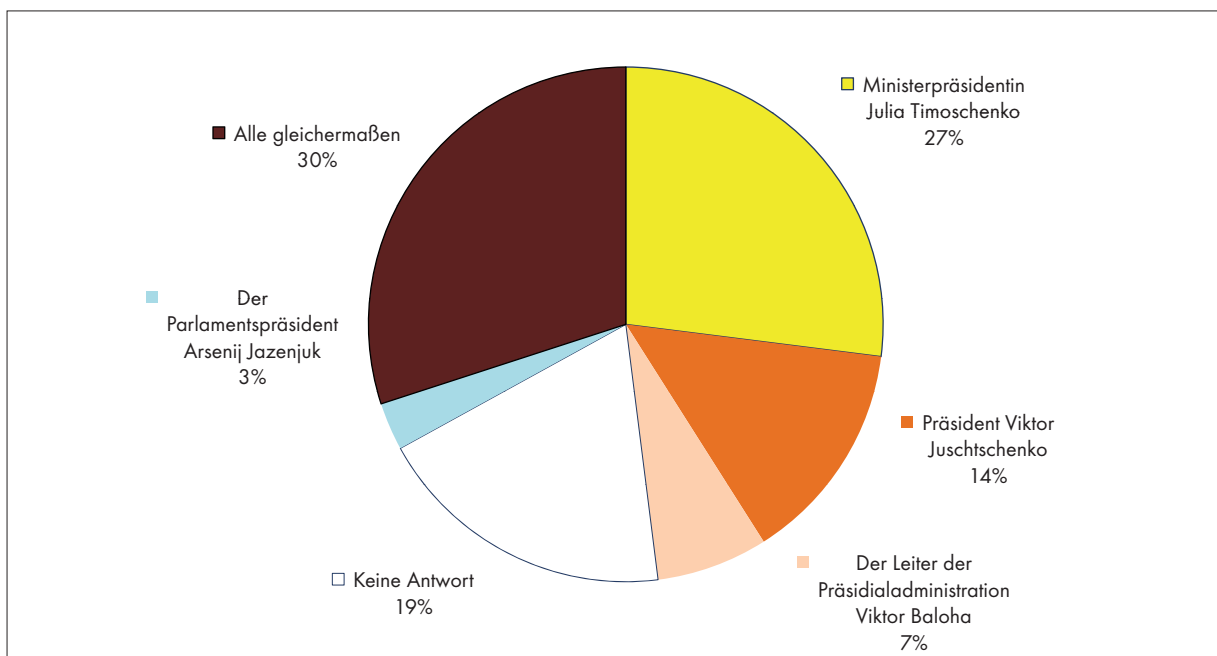
Grafik 6: Wie bewerten Sie die Arbeit von Viktor Juschtschenko als Präsident? (Juli 2008)



Grafik 7: Wie bewerten Sie die Arbeit von Julia Timoschenko als Ministerpräsidentin?
(Juli 2008)



Grafik 8: Welcher Politiker hat Ihrer Meinung nach am meisten Einfluss auf die Lage im Staat?
(Juli 2008)



Kommentar

Die Krim als neuer »Frozen Conflict«?

Von Rainer Lindner, Berlin/Konstanz

Der Krimkonflikt belastet als Stellvertreter-Konflikt die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine. Seitdem sich die Ukraine offen um die Perspektive eines Nato-Beitritts bemüht und darauf drängt, dass der auf 2017 festgelegte Termin für den Abzug der russischen Schwarzmeerflotte aus dem Militärhafen von Sewastopol eingehalten wird, befinden sich die Ukraine und Russland im offenen Streit über die Perspektiven der Halbinsel. Entscheidende Konfliktgeneratoren sind: die divergierenden sicherheitspolitischen Interessen Russlands und der Ukraine in der Schwarzmeerregion, die Beanspruchung der Halbinsel durch patriotisch-nationalistische Vertreter der russischen Politik, die widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen russischer Investoren und ukrainischer Oligarchen, die Kollision von Interessen der Nato und Russlands im Kontext der Nato-Erweiterungsdiskussion und die ungeklärte Frage des Standorts der Schwarzmeerflotte.

Als die ersten Schiffe der Schwarzmeerflotte unmittelbar nach Ausbruch des Konflikts von Sewastopol in Richtung georgische Schwarzmeerküste ausliefen, sah sich die Ukraine in den Konflikt »hineingezogen«. Zunächst wollte der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko die Wiedereinfahrt des Raketenkreuzers »Moskwa« nach Sewastopol verhindern. Er besann sich jedoch und verfügte am 13. August 2008, dass der Ukraine eine stärkere Kontrolle über die Bewegung von Schiffen und Flugzeugen der russischen Schwarzmeerflotte vorzubehalten sei. Sein Beschluss sieht vor, dass die ukrainischen Sicherheitsorgane künftig 72 Stunden vorher über geplante Schiffs- und Flugzeugbewegungen der Schwarzmeerflotte informiert werden müssten. Russlands Präsident Medwedjew verbat sich hingegen eine solche Einmischung in die operativen Planungen der russischen Marine und verwies auf die bestehenden Verträge. Der seit längerem schwebende Streit über die Schwarzmeerflotte erreichte mit dem Georgienkonflikt eine neue Dimension.

Russland ist nicht bereit, über eine Vorverlegung des für 2017 geplanten Termins für den Abzug der Schwarzmeerflotte zu verhandeln. Viktor Tschernomyrdin, der Sondergesandte des russischen Präsidenten und Botschafter in der Ukraine, ließ daran im Juni 2008 keinen Zweifel. Die Schwarzmeerflotte sichere »die südliche Grenze Russlands«. Die Staatsduma ging in einer Note an Präsident und Regierung zu den russisch-ukrai-

nischen Beziehungen noch einen Schritt weiter. Mit Blick auf die »unfreundliche Politik« Kiews gegenüber Moskau kündigte das russische Parlament an, jede weitere Annäherung der Ukraine an die Nato als einseitige Aufkündigung des Freundschaftsvertrags durch den Nachbarn anzusehen. In der Ukraine wurde diese Position Russlands von der »Partei der Regionen« und den Kommunisten ausdrücklich begrüßt. Damit könnte die Krim im Falle einer zügigen Annäherung Kiews an die Nato zur unmittelbaren Konfliktzone der Nachbarstaaten werden: Sollte sich Russland vertraglich nicht mehr an das Abzugsdatum 2017 gebunden fühlen, erscheint eine Zuspitzung der politischen Beziehungskrise unausweichlich. Die auf der Krim lebenden Russen betrachten die Schwarzmeerflotte als wichtigen Stabilitätsfaktor und sammelten bereits im Mai 2008 mehr als eine Million Unterschriften, mit denen sie für den Verbleib der Flotte über 2017 hinaus votierten. Solange die Flotte vor Anker liege, seien ihre Rechte geschützt.

Der Konflikt in Georgien hat nicht nur bei den ethnischen Russen der Ukraine Ängste geschürt. Nach dem Ende der Kampfhandlungen sahen immerhin 44 % der Gesamtbevölkerung der Ukraine den Verbleib der Flotte als »Friedensgarantie« an. Offenkundig weicht das Streben der Präsidentschaftsadministration in Kiew nach einem schnellen Flottenabzug von den Wünschen der Bevölkerungsmehrheit ebenso ab wie das Bemühen um eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine. Lediglich 18 % der Ukrainer unterstützten Ende August 2008 eine solche Beitrittsperspektive dezidiert. (Die Umfrageergebnisse werden ab Seite 18 ausführlich dokumentiert.)

Insbesondere die auf der Krim lebenden Russen werden vom Kreml – wie auch in den Fällen Südossetien, Abchasien und Transnistrien – gern als Argument für den russischen Anspruch auf Mitgestaltung in der Ukraine genutzt. Zuletzt meldeten sich auch prominente Stimmen zu Wort, die die Staatlichkeit der Ukraine grundsätzlich in Frage stellten. Vladimir Putins Äußerung am Rande des Nato-Gipfels von Bukarest im April 2008, die Ukraine sei kein »vollwertiger Staat«, heizte die Gemüter in Kiew an und nährte die Befürchtungen in der Ukraine, dass sich das Eiland abspalten könnte. Ein Drittel der Ukrainer war nach einer im März 2008 veröffentlichten Umfrage der Ansicht, dass der Krim eine ähnliche Entwicklung bevorstehe, wie sie das Kosovo durchlaufen habe, und wertete damit eine Abspaltung als realistische Möglichkeit. Neben histo-

risch-symbolischen Faktoren wirken hier insbesondere widerstreitende Wirtschaftsinteressen: Der Ukraine ist an einer Erhöhung der Pacht für die Schwarzmeerflotte bis 2017 gelegen, Russland lehnt dies jedoch ab; zweitens wird in der Ukraine der ausufernde Erwerb von Immobilien auf der Krim durch russische Staatsbürger zunehmend als Festschreibung langfristiger Interessen wahrgenommen.

Russland und die Ukraine durchlaufen einen Krisenrhythmus, der energie- und sicherheitspolitische Fragen wechselweise auf die Agenda befördert. Der facettenreiche Krimkonflikt kann jederzeit eskalieren und eine zugespitzte Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine auslösen. Dabei ist allerdings nicht mit militärischen, sondern eher mit politischen oder wirtschafts- und energiepolitischen Konflikten zu rechnen.

EU und Nato müssen auf eine Beilegung der Machtkämpfe in der Ukraine drängen und die Verhandlungsziele mit der Ukraine (Assoziierungsabkommen, MAP) an eine innere politische Stabilität bin-

den. Im Blick auf die russisch-ukrainischen Beziehungen wird für eine diplomatische Offensive im Rahmen der EU und der OSZE plädiert, die Russland und die Ukraine einbindet und sie auf die Einhaltung des zwischen beiden Ländern geschlossenen »Freundschaftsvertrags« verpflichtet, einschließlich des darin vereinbarten Datums für den Abzug der Schwarzmeerflotte. Weder eine Infragestellung des Abzugs von russischer Seite noch eine Beschleunigung des Prozesses durch die Ukraine sind hilfreich. Zugleich sollte für den Zeitraum bis 2017 von einer Aufnahme der Ukraine in die Nato abgesehen werden, ohne jedoch die Bemühungen um die Vorbereitung der Ukraine auf diesen Schritt zu vermindern; gefordert ist nicht zuletzt Vertrauensbildung bei der Nato-skeptischen Bevölkerungsmehrheit. Eine vollständige Entkoppelung der Nato-Russland- und Nato-Ukraine-Beziehungen wäre problematisch, und dies nicht erst angesichts der aktuellen Krise; vielmehr sollten gemeinsame Sicherheitsbemühungen Russlands und der Ukraine im Schwarzmeerraum angemahnt werden.

Über den Autor

Prof. Dr. Rainer Lindner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Wissenschaft und Politik SWP in Berlin. Hier leitet er u.a. den Arbeitskreis Ukraine. Rainer Lindner unterrichtet zusätzlich als außerplanmäßiger Professor das Fach Osteuropäische Geschichte an der Universität Konstanz. Bei dem Text handelt es sich um die gekürzte Version eines Beitrages für eine aktuelle Kurzstudie der SWP.

Analyse

Interner Machtkampf dominiert Kiews Außenpolitik. Die politische Elite der Ukraine und der russisch-georgische Konflikt

Von André Härtel, Kiew/Jena

Einleitung

Die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der Russländischen Föderation (RF) und Georgien um die abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien rief in vielen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion Empörung und Ängste vor einer Politik der territorialen Revision Moskaus hervor. Gerade in der Ukraine, in der große russische Minderheiten leben und auf deren Territorium mit der Schwarzmeerflotte Streitkräfte der RF stationiert sind, mussten angesichts des russischen Vorgehens die »Alarmglocken« läuten. Wie also regierte die politische Elite der Ukraine auf die Vorgänge im Kaukasus sowie die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens durch Moskau und wie sind diese Reaktionen zu bewerten?

Das Spektrum der Reaktionen

In der Ukraine war es zunächst Präsident Viktor Juschtschenko, der sich zum Verteidiger nationaler Interessen aufschwang und den demonstrativen Schulterchluss mit seinem Partner Michail Saakaschwili in Tiflis suchte. In einem Dekret vom 13. August 2008 untersagte das ukrainische Staatsoberhaupt der auf der

Krim stationierten russischen Schwarzmeerflotte praktisch eine Einmischung in die Kampfhandlungen. In einem weiteren, klar gegen Moskau gerichteten symbolischen Akt ließ der Präsident dann am Tag der ukrainischen Unabhängigkeit (24. August) zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder eine Militärparade abhalten und bat den Westen in ungewöhnlich eindringlicher Form

(z.B. in einem Artikel in der *Washington Post* vom 25. August) um schnelle Aufnahme in die NATO.

Im Gegensatz hierzu entschied sich Ministerpräsidentin Julia Timoschenko schon vor Beilegung der Kampfhandlungen, eine Position der außenpolitischen Neutralität einzunehmen. Dabei vermied es die ansonsten als überzeugte Nationalistin geltende Timoschenko ganz offensichtlich, von einer russischen Aggression zu sprechen und schloss sich erst am 2. September offiziell internationalen Forderungen nach der territorialen Unversehrtheit Georgiens an. Demonstrativ blieb die Premierministerin auch den durch den Präsidenten organisierten Unabhängigkeitsfeiern fern und kritisierte dessen Investition in eine teure Militärparade.

Viktor Janukowitsch und die von ihm geführte stärkste parlamentarische Kraft, die Partei der Regionen, reagierte erst spät, aber dann umso entschiedener auf die Krise im Kaukasus. Am 26. August forderte der Oppositionsführer dazu auf, der russischen Anerkennung Abchasiens und Südossetiens als unabhängige Staaten zu folgen. Die erheblichen Positionsunterschiede in der ukrainischen Elite zur Krise im Kaukasus manifestierten sich dann in der betreffenden Parlamentsdebatte am 2. September. Während die Partei des Präsidenten, Nascha Ukraina (NU), zu einer entschiedenen Verurteilung der »russischen Aggression« aufrief, blieb deren Koalitionspartner, die Timoschenko-Partei BJUT, bei der neutralen Haltung ihrer Vorsitzenden. Die Partei der Regionen forderte zusammen mit den Kommunisten weiter die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens, so dass sich das Parlament nicht zur Annahme einer gemeinsamen Stellungnahme durchringen konnte.

Die Dominanz innenpolitischer Machtkalküle

Wie erklärt sich die extreme Spaltung der politischen Elite der Ukraine angesichts der Krise im Kaukasus? Traditionell existieren für die ukrainische Außenpolitik seit der Unabhängigkeit zwei dominierende Deutungsmuster. Die neo-realistische Variante hebt die ungünstige geostrategische Lage des Landes zwischen der erweiterten EU/NATO und Russland hervor, welche das Land zu einer konstanten »Schaukelstuhlpolitik« (*mnogowektornost*) veranlasst. Zum selben Schluss kommt die konstruktivistische Perspektive, in der die historisch-kulturell bedingte Spaltung des Landes in einen pro-europäischen Westteil und einen mehrheitlich pro-russischen Osten und Süden hervorgehoben wird.

Beide Ansätze unterschätzen allerdings die Rolle innenpolitischer Faktoren und hierbei insbesondere den Einfluss der hoch polarisierten ständigen Macht-

kämpfe, wie sie für die Ukraine nach der »Orangen Revolution« typisch geworden sind. Eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielen hierbei die in der ukrainischen Verfassung angelegten strukturellen Schief lagen, welche bis heute keine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten speziell zwischen Präsident und Ministerpräsident zulassen. Daher können wir für die Ukraine im Prinzip seit dem ersten Bruch des »oran gen Bündnis« zwischen Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko im Jahr 2005 von einer Situation sprechen, die sich durch einen konstanten inter-institutionellen Konflikt und die damit verbundene Gefahr ständiger Neuwahlen auszeichnet. Diese spezifischen Charakteristika des Transformationsregimes der Ukraine bleiben nicht ohne Auswirkungen für die Außenpolitik. Wie alle anderen Politikbereiche gerät auch die auswärtige Politik Kiews derzeit in den Sog des innenpolitischen Machtkampfes, wobei die zentralen politischen Akteure v.a. auf kurzfristige, elektorale Gewinne aus sind und dabei nicht vor populistischen Aussagen zurückschrecken. Die ukrainischen Reaktionen auf die Krise im Kaukasus deuten also darauf hin, dass die ukrainische Außenpolitik derzeit erheblich durch die hohe Dynamik der innenpolitischen Machtverhältnisse sowie den Kampf um eine gute Ausgangsposition in zukünftigen Wahlen bzw. v.a. den Präsidentschaftswahlen Ende 2009 bestimmt wird.

Steigende Bedeutung des pro-russischen Elektorats

So interpretieren Beobachter Präsident Juschtschenkos deutlich anti-russische Reaktion auf die Kaukasuskrise als versuchten Aufbau einer klaren außenpolitischen Bedrohung für die ukrainische Unabhängigkeit, was ihn in seiner Rolle als Präsident stärken und seine deutliche Abgeschlagenheit in allen Umfragen evtl. umkehren könnte. Allerdings machen die diametralen Reaktionen der anderen Akteure auf die Krise sowie die wachsende Unpopul arität des Präsidenten und seiner Partei Nascha Ukraina dieses Szenario eher unwahrscheinlich.

Die weitaus interessantere Entwicklung zeichnet sich vielmehr zwischen den beiden größten Parlamentskräften, dem Timoschenko-Block BJUT und der Partei der Regionen ab. Beide galten bisher in ihrer außenpolitischen Ausrichtung als klar voneinander abgrenzbar, wobei sich die BJUT-Vorsitzende und ehemalige »orange Prinzessin« lange als klar pro-westlich und als Anhängerin einer euro-atlantischen Integration der Ukraine darstellte. Im Gegensatz hierzu lehnt die Partei der Regionen Janukowitschs einen NATO-Beitritt der Ukraine strikt ab und steht für einen außenpolitisch neutralen bis Russland-freundlichen Kurs.

Der außenpolitische Kurswechsel Julija Timoschenkos vor dem Hintergrund des Kaukasuskonflikts ist v.a. auf zwei Entwicklungen zurückzuführen: den faktischen Verlust der Parlamentsmehrheit ihrer Regierungskoalition (mit Nascha Ukraina) und den zunehmenden Bedeutungsverlust der Präsidentenpartei im politischen Machtspektrum der Ukraine. Kurzfristig steht für Julija Timoschenko der Erhalt ihrer Position als Premierministerin im Vordergrund, wobei eine auch nur taktisch begründete Annäherung an die außenpolitische Position der Partei der Regionen zur Mehrheitsbildung beitragen könnte. Will sich die Timoschenko-Partei allerdings auch mittelfristig innerhalb der sich abzeichnenden neuen, bipolaren Machtkonstellation im politischen Spektrum behaupten und mehrheitsfähig bleiben, so muss sie von ihrer Konzentration auf die Wähler im Westen und im Zentrum des Landes abkommen und sich auch dem mehrheitlich pro-russischen Elektorat im Osten und Süden des Landes annähern.

Genau hier liegt wohl auch die Erklärung für die umstrittene Haltung von Viktor Janukowitsch, der Anerkennungspolitik Moskaus zu folgen. Letztere dürfte v.a. der pro-russischen Kernwählerschaft seiner Partei im Osten des Landes imponieren – einer Region, in der auch die Premierministerin mit ihrer Neutralitätspolitik punkten will. Um sich allerdings von seiner Konkurrentin Timoschenko deutlicher abzugrenzen, schwenkte Janukowitsch in der Kaukasuskrise von seiner ursprünglich neutralen Haltung hin zur deutlich pro-russischen Anerkennungspolitik. Insgesamt gewinnen also die pro-russischen Regionen im Osten und Süden des Landes durch die immer weitergehende Verschiebung der ukrainischen Machtverhältnisse in Richtung zweier großer Blöcke (Timoschenko/BJUT vs. Janukowitsch/PR) zumindest kurzfristig deutlich an Gewicht. Mit Ausnahme des Präsidenten und seiner Partei entschieden sich auf dieser Grundlage alle anderen wesentlichen politischen Akteure in der Ukraine für einen neutralen bzw. pro-russischen Kurs in der Kaukasuskrise.

Mittelfristige Folgen für Kiews Außenpolitik

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus den Reaktionen der politischen Elite Kiews auf die Kaukasuskrise und welche mittel- und langfristigen Folgen wird die neue innenpolitische Konstellation für die ukrainische Außenpolitik haben? Zunächst sollten internationale Beobachter mit Interesse registrieren, bis zu welchem Grad die instabilen und von erheblicher Polarisierung gekennzeichneten innenpolitischen Verhältnisse in der Ukraine zu einer Instrumentalisierung der Außenpolitik führen können. Trotzdem die Vorgänge in Georgien und insbesondere die russische Reaktion hierauf für Kiew essentielle sicherheitspolitische Implikationen haben bzw. direkt ukrainische Interessen betreffen, wird das nationale Interesse angesichts des innenpolitischen Machtkampfs zur Kategorie zweiten Ranges. Bedenkt man den durch die geostrategische und ökonomische Abhängigkeit von Russland schon erheblich eingeschränkten internationalen Handlungsspielraum der Ukraine, wird dieser durch die innere Instabilität noch weiter verringert.

Interessant dürfte weiterhin sein, wie sich der Bedeutungsverlust des präsidentiellen Lagers und der Hauptfigur der »Orangen Revolution« auf den außenpolitischen Diskurs auswirkt. Bisher galt Viktor Juschtschenko dem Westen als Verkörperung eines euro-atlantischen Kurses der Ukraine. Mit dem sehr wahrscheinlichen Abtritt des jetzigen Präsidenten könnten sich insbesondere die gerade wieder westliche Unterstützung erfahrenden NATO-Pläne allerdings schnell als Illusion erweisen. Sollten sich die innenpolitischen Entwicklungen innerhalb der Ukraine zukünftig tatsächlich in Richtung zweier größerer politischer Lager bewegen, hätte dies auch langfristige Auswirkungen auf Kiews Außenpolitik. Die in einer solchen Konstellation bestehende Notwendigkeit für beide Lager, breite Mehrheiten ansprechen zu müssen anstatt sich auf ein spezifisches Wählersegment konzentrieren zu können, könnte eine Rückkehr der Außenpolitik vom pro-westlichen Kurs Juschtschenkos zur *mnogowektornost* begünstigen.

Über den Autor

André Härtel, M.A. ist Doktorand an der Universität Jena und Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er ist derzeit im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes an der Kiewer Mohyla-Akademie.

Dokumentation

Ukrainische Stellungnahmen zum russisch-georgischen Konflikt

I. Offizielle Stellungnahmen

I.1. Präsident Viktor Juschtschenko

Viktor Juschtschenko, 12.08.2008

Der Auftritt des ukrainischen Präsidenten auf dem zentralen Platz in Tiflis zur Unterstützung der georgischen Souveränität

[...] Liebe georgische Freunde, zu einem späteren Zeitpunkt werden wir auf dieses schwierige Kapitel aus unserer Geschichte als auf einen Weg zurückblicken, den das Volk Georgiens mutig zurückgelegt hat. Freiheit ist zweifelsohne diese Bemühungen wert. [...] Wir sind gekommen, um ihre Souveränität, ihre Unabhängigkeit und ihre territoriale Integrität zu unterstützen. Dies sind unsere gemeinsamen Werte. [...]

<http://www.president.gov.ua/ru/news/10927.html>

Viktor Juschtschenko, 15.08.2008

Der Krieg in Georgien hat es deutlich gemacht: die Ukraine soll sich in das System der kollektiven Sicherheit integrieren

[...] Die einzige Möglichkeit, die nationale Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine sicherzustellen, besteht in der Integration unseres Landes in das System der kollektiven Sicherheit. Nur so können internationale Garantien gegeben werden, die eventuell auch solche Aktionen hätten verhindern können, die am 7. und 8. August in Südossetien und später auch im georgischen Kerngebiet durchgeführt wurden.

<http://www.president.gov.ua/ru/news/10966.html>

Viktor Juschtschenko, 27.08.2008

Erklärung des ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko über die Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens durch die Russische Föderation

[...] Die Entscheidung der russischen Führung (*die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens anzuerkennen – Red.*) gefährdet den Frieden und die Stabilität in unserer Region und in ganz Europa, untergräbt die existierende Weltordnung und verstößt gegen die Prinzipien, die in der UN-Charta und anderen internationalen Rechtsakten verankert sind. Sie stellt einen Versuch dar, illegitim die staatlichen Grenzen neu zuziehen, Druck auszuüben und militärisch in den Konflikt einzugreifen. [...] Die Ukraine setzt sich für ein gemeinsames Vorgehen der Weltgemeinschaft ein, das auf die Wiederherstellung der territorialen Integrität Georgiens abzielt, und ist bereit, sich aktiv an diesem Prozess zu beteiligen. [...]

<http://www.president.gov.ua/ru/news/11103.html>

I.2. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko

Timoschenkos Stab: Sicherheitslage in der Ukraine mangelhaft (Segodnja, 21.08.2008)

[...] »Die Herausforderungen der Gegenwart veranlassen uns, das Programm zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Systems der kollektiven Sicherheit schneller umzusetzen und dessen Effizienz zu erhöhen«, sagte die ukrainische Ministerpräsidentin. [...]

<http://www.segodnya.ua/news/12057123.html>

I.3. Außenministerium

Tbilisi bittet um Feuer (Interview mit dem stellvertretenden Außenminister der Ukraine Konstantin Eliseew in Gazeta »24«, 15.08.2008)

[...] Wir sind über die heutige Situation sehr besorgt, weil die Ukraine in den Militärkonflikt mit Georgien hineingezogen wird. Russland setzt aktiv die Schwarzmeerflotte bei seinen Militäroperationen gegen Georgien ein. Für die Ukraine ist dies absolut inakzeptabel, weil dadurch unsere nationalen Sicherheitsinteressen direkt beeinträchtigt werden. Und diese Tatsache ist eindeutig zu interpretieren, unabhängig davon, welcher Partei man angehört: einer kommunistischen, sozialistischen oder demokratischen. [...]

<http://gazeta.24.ua/news/show/id/60159.htm>

I.4. Partei der Regionen

German ruft die Ukraine auf, im Kaukasus Frieden zu stiften (Tribuna, 08.08.2008)

[...] German (Anna German, Parlamentsabgeordnete und Mitglied der Partei der Regionen – Red.) hält den Konflikt in Südossetien für einen gefährlichen Präzedenzfall bezüglich der Konfliktlösung durch Gewalt, dessen Folgen sich nur schwer voraussagen lassen. Gleichzeitig verneint sie alle Parallelen zwischen der Lage in Südossetien und auf der Krim als gegenstandslos.

<http://tribuna.com.ua/news/165807.htm>

Viktor Janukowitsch, Leiter der Partei der Regionen: die Ukraine soll die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens unterstützen (Korrespondent, 26.08.2008)

Der Leiter der Partei der Regionen sagte, dass die Ukraine die Unabhängigkeitsbemühungen der Völker Südossetiens und Abchasiens unterstützen solle. »Die Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens durch Russland ist eine logische Fortsetzung des Prozesses, der von den Ländern des Westens mit der Anerkennung des Kosovo begonnen wurde«, sagte Janukowitsch. [...] »Und wir haben die Welt vor der Gefahr einer Politik mit Doppelstandards im Fall des Kosovo gewarnt«, sagte Janukowitsch. [...] »Ich glaube, dass die Ukraine die Willensbekundung der Völker Südossetiens und Abchasiens akzeptieren und die Unabhängigkeit dieser Staaten anerkennen sollte«, fügte er hinzu.

<http://korrespondent.net/ukraine/politics/565898>

I.5. Kommunistische Partei der Ukraine

Die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU), 19.08.2008

Die faschistische Junta von Saakaschwili soll an den Pranger gestellt werden (Erklärung des Donezker Regionalkomitees der KPU)

Die militärische Aggression Georgiens in Südossetien ist ein direktes Ergebnis der offensiven Politik der Vereinigten Staaten. Vor neun Jahren, zum ersten Mal in der Geschichte des Nachkriegseuropas, löste die NATO einen verheerenden Krieg in Jugoslawien aus, wonach ein Versuch, Demokratie nach Afghanistan zu »exportieren«, und die Suche nach imaginären Massenvernichtungswaffen im Irak folgten. Deshalb sind die Beteuerungen der USA über die Friedfertigkeit des Westens und die Aggressivität Russlands nur als pure Heuchelei zu beurteilen. Das Leitziel der USA und der NATO-Verbündeten ist es, einen tödlichen Ring von Militärstützpunkten und aggressiv gesinnten Marionettenstaaten um Russland zu bilden sowie alle russischen Rohstoffe und Öl- bzw. Gaspipelines unter ihre Kontrolle zu bringen. [...] Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass Saakaschwili ein rein amerikanisches Projekt und ein Instrument der USA ist, die im Kaukasus ihre geopolitischen Interessen durchzusetzen suchen. [...]

<http://www.kpu.net.ua/fatshistskuju-huntu-saakatshvili-%e2%80%93-k-pozornomu-stolbu/>

II. Pressestimmen

Wir haben den Krieg verloren, ohne daran teilzunehmen

Expert, 18.08.2008

[...] In der Ukraine, wo der größte Teil der Bevölkerung mit Russland sympathisiert, wo die meisten Menschen Russisch sprechen und russische Fernsehsender empfangen, kann die vorbehaltlose Unterstützung Georgiens seitens des ukrainischen Präsidenten Juschtschenko die politische, ethnische und regionale Spaltung noch weiter verschärfen. [...]

[...] Die Vorgehensweise Viktor Juschtschenkos hat die Machtverhältnisse im ukrainischen Parlament stark geändert. Noch vor zwei Wochen unterstützte die Partei der Regionen auf einer Sondersitzung der Rada den ukrainischen Präsidenten. Jetzt kommt eine solche Koalition nicht mehr in Frage. Dies bedeutet, dass die Tätigkeit des Parlamentes wieder weitgehend gelähmt wird. [...] Der erste Schlag gegen die euroatlantische Perspektive der Ukraine (und gegen die Streitkräfte des Landes) wird offenbar die Blockierung der Aufstockung der Armeefinanzierung seitens der Opposition sein. [...]

<http://www.expert.ua/articles/770/5894/>

NATO Jetzt!, Leitartikel

Kyiv Post, 13.08.2008

[...] Viele russische Truppen sind auf der Krim stationiert und viele auf der Halbinsel haben einen russischen Pass, was den Kreml-Politikern die Möglichkeit bietet, einen eventuellen Angriff damit zu rechtfertigen, dass sie angeblich die russischen Staatsbürger schützen. Genau dies war in Ossetien der Fall. [...]

[...] die Lösung für die Ukraine wäre der NATO-Beitritt. Die Ukraine wird in der NATO, in einem Bündnis von 26 demokratischen Staaten Europas und Nordamerikas, eine bessere Zukunft haben, als im Kreis der Kreml-Autokraten. [...] »NATO jetzt!«, so soll ein gemeinsames Motto aller Politiker in der Ukraine heißen. [...] Die Ukraine soll eine öffentliche Kampagne starten, in deren Rahmen die Bevölkerung über die Vorteile der NATO-Mitgliedschaft aufgeklärt wird. [...] Angesichts zahlreicher Fehlinformationen ist eine solche Kampagne dringend notwendig. Um die öffentliche Meinung zu ändern, braucht man allerdings viel Zeit und Geld.

<http://www.kyivpost.com/opinion/editorial/29402/>

Rückmarsch direkt in die NATO

Gazeta »24«, 14.08.2008

[...] Einerseits haben die Aktionen Russlands deutlich gemacht, welche Folgen die Verzögerung des NATO-Beitritts haben kann. Nun sehen die europäischen Staaten, die sich früher gegen den Aktionsplan für die NATO-Mitgliedschaft (MAP) der Ukraine und Georgiens ausgesprochen haben, was sich Moskau erlaubt. Dies kann diese europäischen Staaten dazu veranlassen, noch vorsichtiger vorzugehen. Andererseits können sich die NATO-Staaten im gemeinsamen Widerstand gegen Russland noch stärker zusammenschließen. [...]

<http://gazeta.24.ua/news/show/id/59912.htm>

Zusammengestellt und übersetzt von Anna A. Petrova

Umfrage

Die öffentliche Meinung in der Ukraine zum russisch-georgischen Konflikt und seinen Folgen für die Ukraine

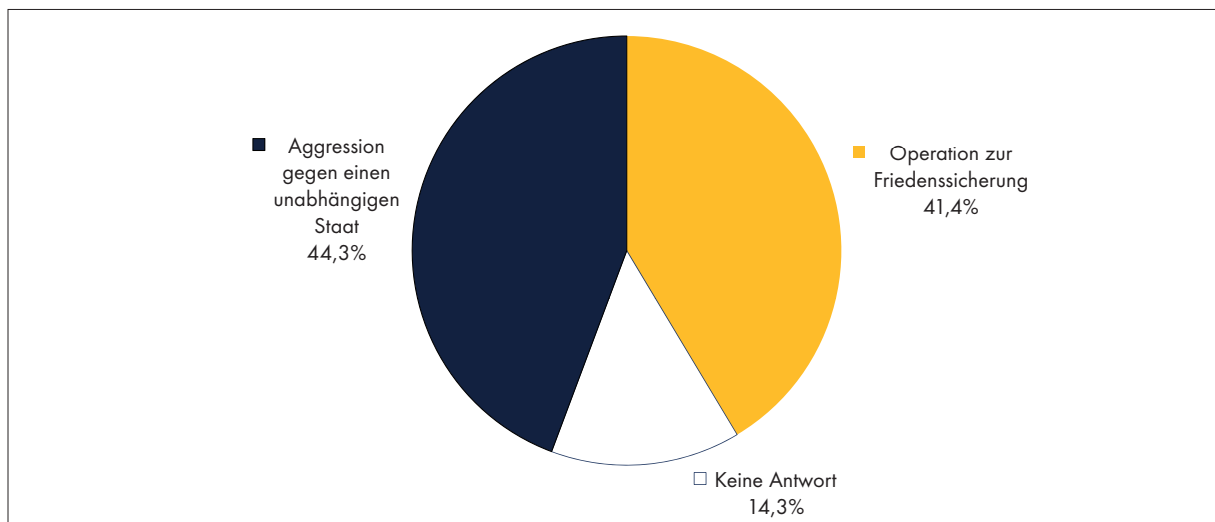
Quelle: Die Meinungsumfrage wurde im Auftrag der ukrainischen Zeitung »Zerkalo Nedeli« von »Taylor Nelson Sofres Ukraine« am 19.–22. August 2008 durchgeführt. Insgesamt wurden 1200 Menschen telefonisch befragt.

http://www.zn.ua/img/st_img/2008/710/710opros.doc

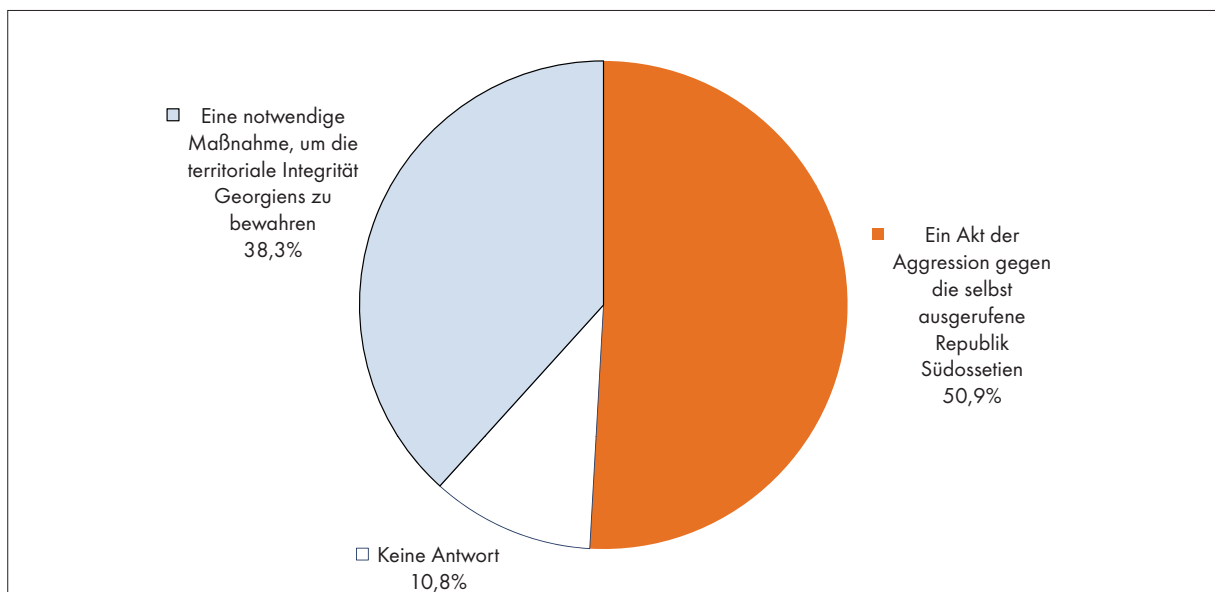
1. Rolle der Kriegsparteien

Grafik 1: Was meinen Sie, wie kann das Vorgehen Russlands in Georgien bezeichnet werden?

Dies war eine ...

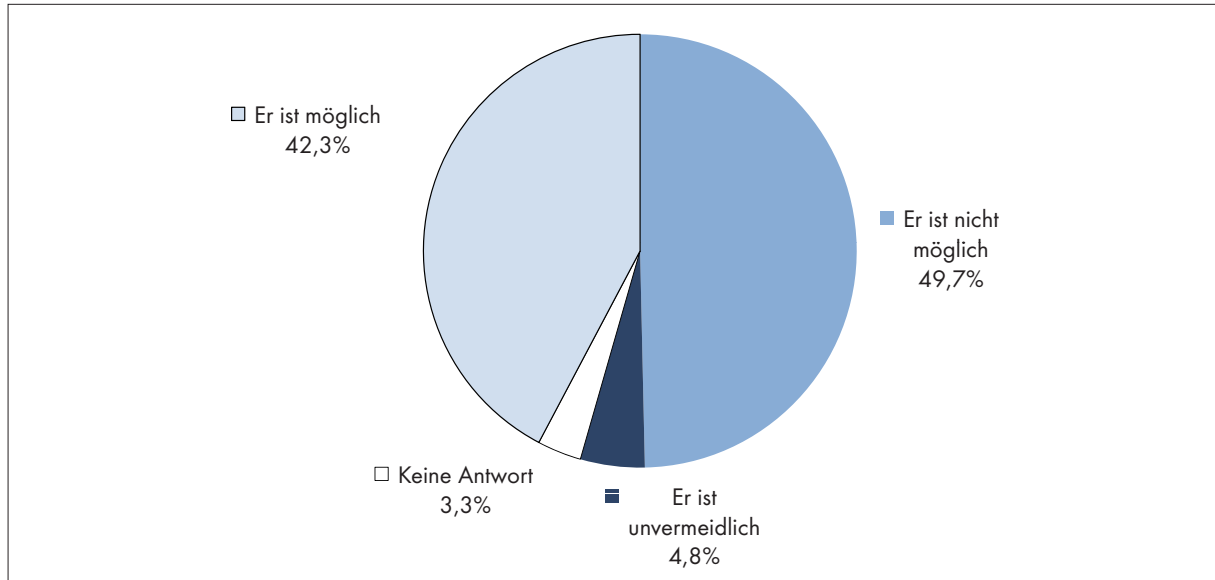


Grafik 2: Wie würden Sie den Einsatz der georgischen Streitkräfte in Südossetien bewerten, für den sich Micheil Saakaschwili entschieden hat? Dies war ...

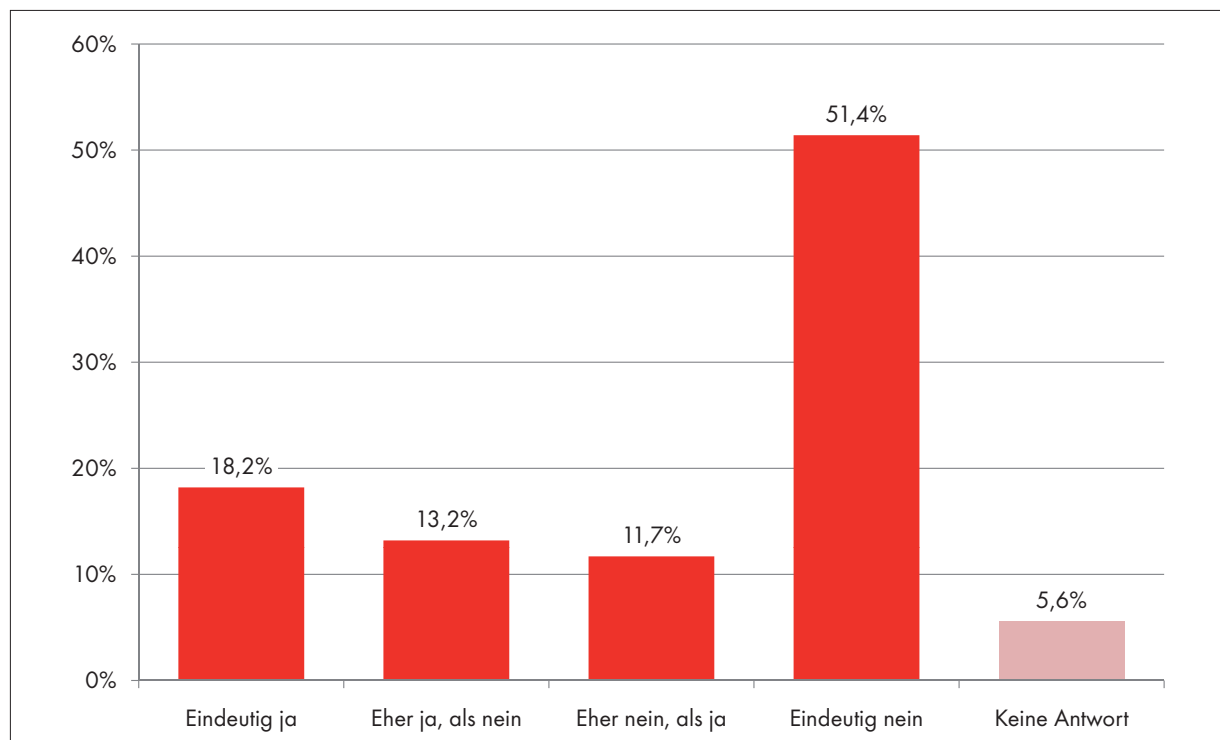


2. Folgen des Konfliktes für die Ukraine

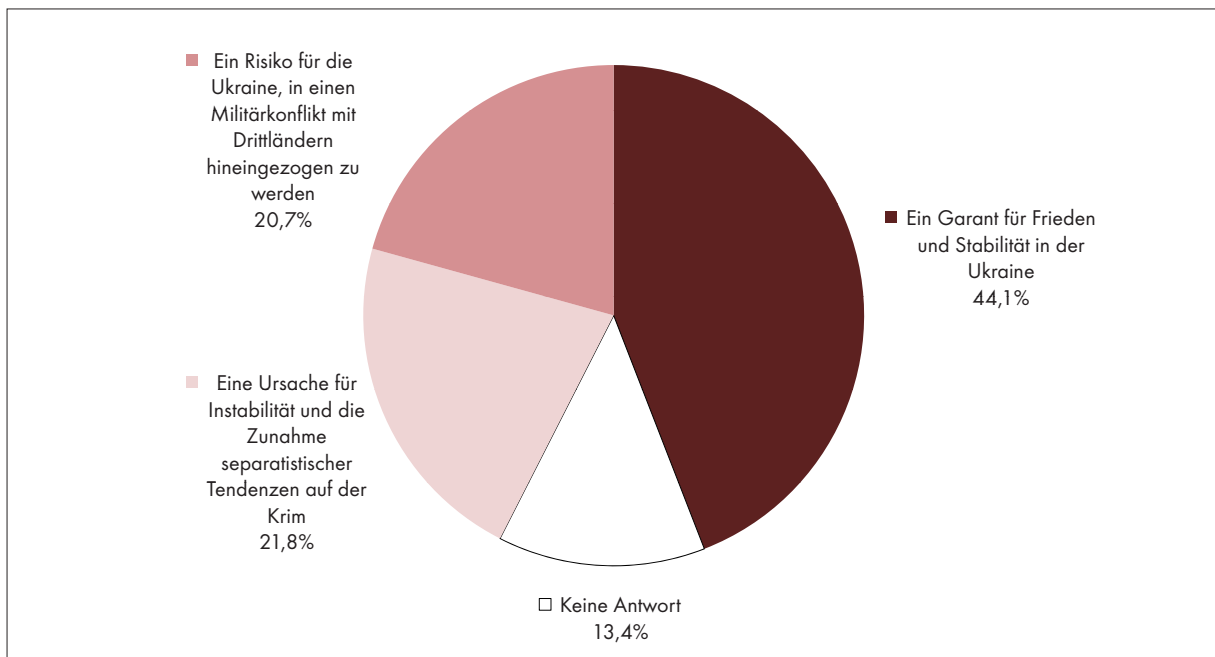
Grafik 3: Halten Sie einen militärischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine für möglich?



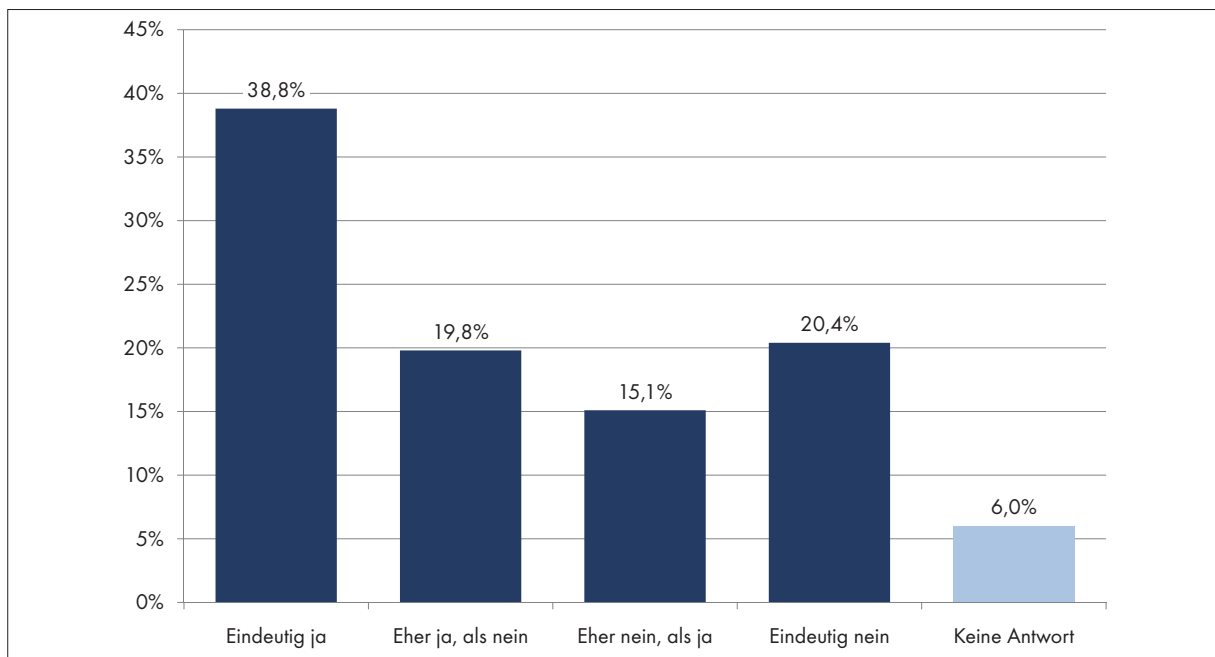
Grafik 4: Was meinen Sie, soll die Ukraine in Anbetracht des russisch-georgischen Konfliktes der NATO möglichst schnell beitreten?



Grafik 5: Die Schwarzmeerflotte auf dem ukrainischen Territorium ist in erster Linie ...



Grafik 6: Kann Ihrer Meinung nach die Ukraine ihre Unabhängigkeit und territoriale Integrität schützen?



Analyse

Zur kirchlichen Situation in der Ukraine

Von Thomas Bremer, Münster

Einleitung

In wohl keinem anderen Staat Mittel- und Osteuropas stellt sich die kirchliche Lage derart kompliziert dar wie in der Ukraine. Gerade dort kommen all die Aspekte zusammen, die in anderen Nachfolgestaaten der UdSSR vereinzelt auftreten. Das führt dazu, dass es heute neben drei orthodoxen und zwei katholischen Kirchen zahlreiche evangelische Gemeinden und Organisationen gibt; außerdem ist der Islam (vor allem auf der Krim, unter den dort lebenden Tataren) sehr verbreitet. Diese komplexe Situation hängt damit zusammen, dass das Gebiet der heutigen Ukraine historisch zu sehr vielen und sehr unterschiedlichen Staaten gehörte. Das hat zum Einen die Ausrichtung der Bevölkerung geprägt, also die Frage beeinflusst, ob sich das Land eher zum Westen oder eher nach Osten (d.h. nach Russland) orientieren sollte; daraus ergeben sich auch kirchliche Implikationen. Zum Anderen hat es auch dafür gesorgt, dass ein ukrainisches Bewusstsein in den verschiedenen Teiles des Landes unterschiedlich entwickelt ist. In manchen Gebieten fühlt man sich sehr deutlich als Ukrainer und als zu Europa gehörig, am stärksten wohl im Westen, dem historischen Galizien, während man im Osten eine enge Verbindung mit Russland für wichtig hält.

Die kirchliche Landschaft

Die drei orthodoxen Kirchen in der Ukraine haben zwar sehr ähnliche Bezeichnungen, doch ganz unterschiedliche kirchliche und politische Ausrichtungen. Die größte ist die Ukrainische Orthodoxe Kirche, die oft mit dem Zusatz »Moskauer Patriarchat« von den anderen unterschieden wird (UOK-MP). Sie lebt in kirchlicher Gemeinschaft mit der Russischen Orthodoxen Kirche und genießt dort einen halbautonomen Status; ihr Oberhaupt, Metropolit Volodymyr, ist kraft seines Amtes Mitglied des Synods der Russischen Orthodoxen Kirche, doch kann die UOK-MP ihre inneren Angelegenheiten selber und unabhängig von Moskau verwalten. Vor allem aber ist sie die einzige Kirche, die von den anderen orthodoxen Kirchen als kanonisch anerkannt wird. Die meisten ihrer Gemeinden hat sie im Süden und im Osten des Landes.

Die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UAOK) ist in der Zeit nach der Oktoberrevolution entstanden, als vom Regime die nationalen Bestrebungen in den nichtrussischen Republiken unterstützt wurden. Eine Gruppe von ukrainisch orientierten Priestern gründete unter etwas obskuren Umständen diese Kirche und wählten einen der Ihren zum Metropoliten, um sich von der ROK zu distanzieren, die unter der Zarenherrschaft die einzige anerkannte orthodoxe Kirche in der Ukraine war. Nach kurzer Zeit wurde auch die UAOK vom Regime verfolgt und vernichtet, so dass sie nur in der Emigration überleben konnte. In Nordamerika befanden sich Bischöfe, Priester und Gläubige dieser Kirche unter der kirchlichen Oberhoheit des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, der zwar

eine Vorrangstellung in der Orthodoxie, aber nur wenig reale Macht hat. Mit der Perestrojka und dem absehbaren Ende der Sowjetunion wurde diese Kirche auch in der Ukraine wiedergegründet. Sie hat ihre Gemeinden vor allem im Westen des Landes und zeichnet sich durch eine deutlich antirussische Haltung aus. Mehrere Streitigkeiten und Konflikte haben in den letzten Jahren zu Spaltungen in der UAOK geführt.

Als die Russische Orthodoxe Kirche ihren Bistümern in der Ukraine einen unabhängigeren Status verlieh, trat der damalige Metropolit von Kiew Filaret zurück, weil er eine völlige Selbstständigkeit angestrebt hatte. Nach längeren Querelen und einer Zeit in der UAOK gründete Filaret schließlich die Ukrainische Orthodoxe Kirche – Patriarchat von Kiew (UOK-PK), in der er nach mehreren Jahren zum Patriarchen gewählt wurde. Auch diese Kirche vertritt eine ukrainische nationale Kirche und sieht sich als Kern der künftigen selbstständigen orthodoxen Kirche im Lande. Doch gilt Filaret für viele Orthodoxe als nicht tragbar; das Moskauer Patriarchat hat ihn inzwischen nicht nur in den Laienstand zurückversetzt, sondern aus der Kirche ausgeschlossen (exkommuniziert). Die UOK-PK wird von den übrigen Kirchen der Weltorthodoxie nicht als legitim anerkannt; dennoch genießt sie die Unterstützung der Regierung.

Einen wichtigen Faktor im religiösen Leben der Ukraine stellt die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (UGKK) dar. Sie stammt aus dem ausgehenden 16. Jahrhundert; damals war ein Teil der orthodoxen Bischöfe eine so genannte Union mit der römischen Kirche eingegangen, um zur katholischen Kir-

che gehören zu können, allerdings unter Beibehaltung der eigenen Bräuche, der Liturgie und der Kirchendisziplin. Der daher stammende Name »unierte Kirche« wird allerdings von den Betroffenen selbst als diskriminierend verstanden. Nach wechselhaftem Schicksal und Verboten konnte diese Kirche seit der Perestrojka wieder legal existieren; heute ist sie in Galizien die vorherrschende Kirche. Von den Orthodoxen wird sie als zwischenkirchliches Problem gesehen, da sie ja eigentlich durch einen »Verrat« am Glauben der Väter entstanden ist. In der UGKK ist seit dem 19. Jahrhundert das ukrainische Nationalbewusstsein zum Durchbruch gelangt; auch heute vertritt sie eine deutlich anti-russische Haltung und beruft sich auf eine »Tradition der Kirche von Kiew«, die sowohl von ihr als auch von den ukrainisch eingestellten orthodoxen Kirchen vertreten werde.

Schließlich sei noch die römisch-katholische Kirche genannt. Sie ist vor allem im Westen der Ukraine präsent, unter Menschen, die polnischer Abstammung sind. Allerdings gibt es inzwischen auch in den übrigen Landesteilen Gemeinden. Die römisch-katholische Kirche bemüht sich darum, als Teil der Weltkirche zu erscheinen und das Image einer »polnischen Kirche« abzulegen. Dennoch wird sie von vielen Menschen noch so wahrgenommen. Zwischen den Hierarchien der griechisch-katholischen und der römisch-katholischen Kirche bestehen keine besonders engen Beziehungen, obgleich sie ja beide katholisch sind.

Über die Zahlen der Gläubigen lassen sich keine genauen Angaben machen. Das zuständige Staatskomitee für Nationalitäts- und Religionsangelegenheiten veröffentlicht jährlich die Zahl der offiziell registrierten Gemeinden. Allerdings macht es das sehr liberale Religionsgesetz der Ukraine, das 1991 noch im Rahmen der Sowjetunion verabschiedet wurde, sehr einfach, Gemeinden zu gründen, während es sehr kompliziert ist, nicht mehr bestehende Gemeinden wieder zu »schließen«, also sie wieder aus der Statistik zu nehmen. Daher scheint es auch in allen Religionsgemeinschaften »Phantomgemeinden« zu geben, die gegründet wurden, um etwa den Anspruch auf ein Kirchengebäude zu erheben oder Präsenz in einer Region zu dokumentieren, die aber tatsächlich nicht existieren.

Diese rechtliche Regelung hat zur Folge, dass es eine große religiöse Vielfalt in der Ukraine gibt, dass also neben den großen Religionsgemeinschaften auch viele kleine Gruppen existieren, die im ganzen Land nur über einige wenige Gemeinden verfügen. Außerdem gibt es bei allen Religionsgemeinschaften eine Zahl von nicht registrierten Gemeinden, die zum Teil auch von den staatlichen Behörden erfasst werden. Schließlich argumentieren vor allem Vertreter der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche (UGKK) damit, dass ihre

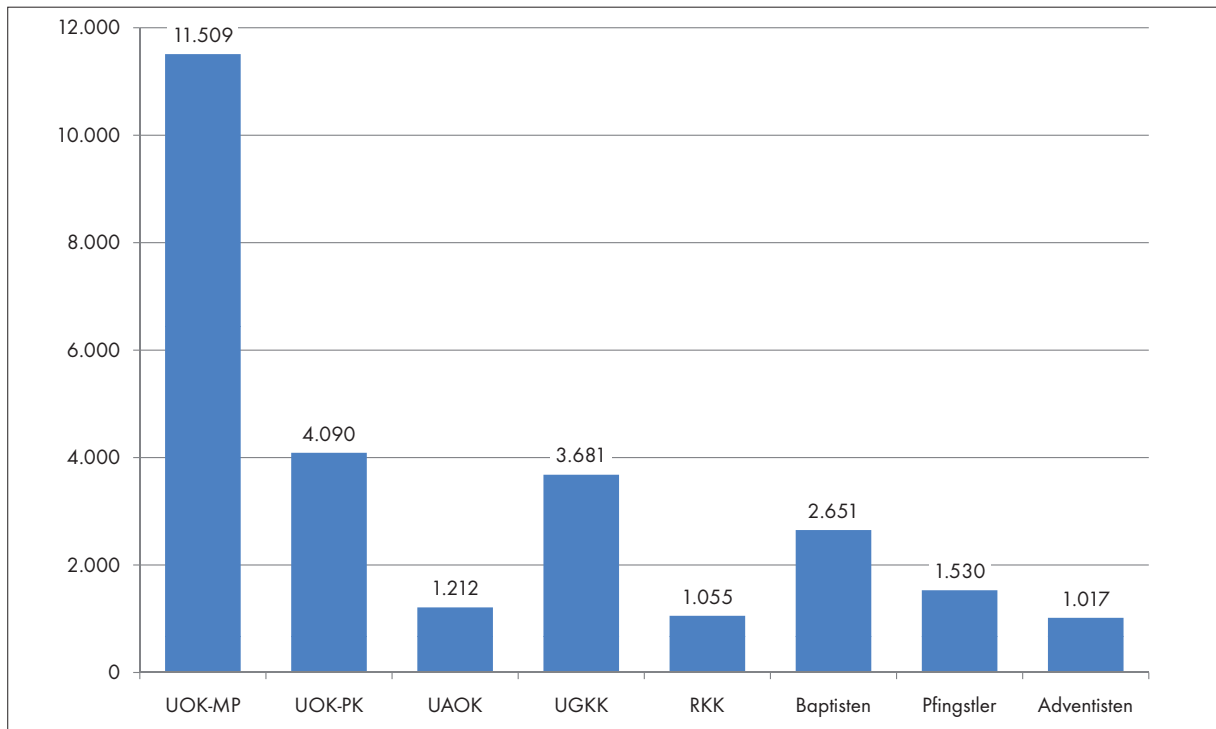
Gemeinden von der Größe keineswegs mit denen der Orthodoxie zu vergleichen seien: »Gemeinde« bedeute in der UGKK unter Umständen eine große Kirche, in der mehrfach pro Sonntag gut besuchte Liturgien stattfänden, während sich in orthodoxen Gemeinden oft wenige Personen zum einzigen Sonntagsgottesdienst trafen. Dies ist nicht umfassend nachzuprüfen. Die Zahl der Gemeinden erlaubt aber nicht automatisch Rückschlüsse auf die Zahl der Gläubigen. Deshalb müssen alle statistischen Angaben unter diesen Vorbehalten betrachtet werden. Die Zahlen der registrierten Gemeinden der wichtigsten Kirchen zum 1. Januar 2008 zeigt Grafik 1 auf der nächsten Seite.

Neben diesen christlichen Kirchen und Gemeinschaften spielen andere Religionen zahlenmäßig kaum eine Rolle, mit Ausnahme der Muslime, die vor allem auf der Krim unter den Tataren anzutreffen sind. Sie haben 512 registrierte Gemeinden. Die Muslime sind in verschiedenen Verbänden zusammengeschlossen; außerdem gibt es bei ihnen mehr als 600 nicht registrierte Gemeinden. Darüber hinaus gibt es noch zahlreiche Gemeinden vieler anderer Kirchen und Religionsgemeinschaften, die jedoch zahlenmäßig keine große Bedeutung haben.

Die politischen Implikationen

Der ukrainische Staatspräsident Viktor Juschtschenko hatte im Sommer 2008 die Initiative dazu ergriffen, dass kirchlich die 1020-Jahr-Feier der »Taufe der Rus'«, also der Christianisierung der ostslawischen Stämme im Jahr 988, begangen wurde, obgleich 1020 Jahre üblicherweise kein Datum ist, dem man größere Feiern widmet. Außerdem erklärte der Präsident nach dem Abschluss der Feierlichkeiten den Tag der Taufe zum staatlichen Feiertag in der Ukraine. Schon im Vorfeld der Feierlichkeiten hatte der Präsident seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, dass eine orthodoxe Nationalkirche der Ukraine entstehen werde. Befürchtungen der kanonischen Orthodoxie, wonach der Ökumenische Patriarch Bartholomaios seine Reise nach Kiew nutzen werde, um die nicht kanonischen Kirchen unter seine Jurisdiktion zu nehmen, sollten sich jedoch nicht erfüllen. Schließlich kam es am Rande der Feierlichkeiten zu einer Begegnung zwischen Bartholomaios und dem russischen Patriarchen Aleksij, der ebenfalls aus Anlass des Jubiläums Kiew besucht hatte. Es war das erste Treffen zwischen beiden Kirchenoberhäuptern seit 1997, die am Sonntag, dem 27. Juli 2008, gemeinsam die Liturgie feierten. Die offiziellen Erklärungen nach dem Gespräch erwecken den Eindruck, als wollten beide Seiten einen Bruch vermeiden und die Probleme durch Dialog lösen – seit mehreren Jahren schwelt nicht nur wegen der Situation in der Ukraine ein Konflikt zwischen diesen beiden orthodoxen Kirchen.

Grafik 1: Registrierte Gemeinden der wichtigsten Kirchen



Anmerkung: Bei den Baptisten kommen dazu noch etwa 250 Gemeinden, die in anderen Verbänden organisiert sind.

In den Äußerungen der Russischen Orthodoxen Kirche zum Jubiläum in Kiew ließ sich deutlich erkennen, dass sie das Jahr 988 als das Jahr *ihrer* »Taufe« empfindet. Immer wieder wurde die Einheit der Ostslawen betont und die Tendenzen verurteilt, die in den Äußerungen der staatlichen ukrainischen Behörden deutlich geworden sind, die Ukraine als die legitime Erbin der Kiever Rus' zu betrachten. Die Regierung unterstrich diese Haltung, indem sie den Ökumenischen Patriarchen auf dem höchsten protokollarischen Niveau empfing, während der Besuch des russischen Patriarchen mit deutlich weniger Aufwand begangen wurde. Diese Position zeigte sich auch einige Wochen später, als zum ukrainischen Unabhängigkeitstag am 24. August in der berühmten Sophienkathedrale ein Gottesdienst stattfand. Die Kirche gehört dem Staat und wird als Museum geführt; vermutlich will man sie erst einer einheitlichen ukrainischen Kirche zur Verfügung stellen, um jetzt Streit zwischen den Denominationen zu vermeiden. Jedenfalls wurde der Gottesdienst vom Kirchenrat organisiert, einer staatlichen Institution, in der die Kirchen des Landes vertreten sind, und er wurde von Vertretern der UOK-PK geleitet.

Mit der Unabhängigkeit der Ukraine wurde bei den politischen Eliten des Landes der Gedanke immer stärker, dass es im Lande auch eine einheitliche Kirche geben sollte. Während der erste Präsident nach der Unab-

hängigkeit, Leonid Krawtschuk, das »Kiewer Patriarchat« unterstützt hatte, stand sein Nachfolger Kutschma der Kirche in Gemeinschaft mit Moskau näher. Der jetzige Präsident Juschtschenko hat sich in seiner Zeit als Ministerpräsident von 1999 bis 2001 und auch am Beginn seiner Präsidentschaft seit 2005 eher zurückgehalten, war dann aber später eher der UOK-PK und deren Interpretation einer nationalen orthodoxen Kirche zugeneigt.

Ein erschwerender Faktor für eine Einheit der Orthodoxie liegt in der Person von Metropolit Filaret. Einerseits war er ja in der Sowjetzeit trotz seiner ukrainischen Herkunft ein Vertreter der »russischen« Linie, andererseits wurde bekannt, dass er auch als Erzbischof für den KGB gearbeitet hatte. Mit diesen Details aus seinem Leben war er für alle Bischöfe, Priester und Gläubigen nicht mehr tragbar, denen eine untadelig »ukrainische« Haltung oder eine kompromisslose Position in der Sowjetzeit wichtig war.

Die Spaltung des Landes und der Kirchen zeigte sich deutlich während der so genannten »Orangen Revolution« im Winter 2004/2005. An den Protesten und der sie begleitenden Debatte nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen beteiligten sich auch Vertreter der verschiedenen Kirchen. Da der Kandidat Janukowitsch aus dem Osten des Landes stammte, als prorussisch galt und die Unterstützung der russischen Regie-

rung genoss, engagierte sich vor allem die UOK-MP für ihn. Die UGKK hingegen und das UOK-PK riefen zur Unterstützung von Juschtschenko auf. Ein Aufruf, der sich gegen die Wahlfälschungen verwahrte, wurde im November 2004 von den Oberhäuptern der UOK-PK, der UGKK, der römisch-katholischen Kirche und zwei protestantischen Kirchenführern unterzeichnet. Die gleiche Gruppe schrieb kurz darauf einen Offenen Brief an den noch amtierenden Präsidenten Kutschma. Interessanterweise hielt sich die UAOK bei diesen Aufrufen zurück. Das mag mit der inneren Situation der UAOK zusammen hängen, auch mit der Tatsache, dass der Hauptinitiator der Aufrufe das Oberhaupt der UOK-PK Filaret war.

Grundsätzliche Überlegungen

In der Ukraine zeigen sich zwar viele Phänomene aller postsozialistischen Länder, doch hängen die größten Probleme des Landes in kirchlicher Hinsicht mit den Besonderheiten und der Geschichte der Ukraine zusammen. Die Ukraine ist ein Land an der Linie zwischen dem ostkirchlichen und dem westkirchlichen Bereich,

sie hat als Staat in ihrem jetzigen Territorium keine lange Tradition, weil sie über viele Jahrhunderte zu verschiedenen, miteinander konkurrierenden Staaten gehörte, und die nationale Identität ist in den unterschiedlichen Teilen des Landes verschieden stark ausgeprägt. Die Nachbarstaaten und die in ihnen dominierenden Kirchen haben Interesse an der Situation in der Ukraine, und vor allem hängt die Lösung vieler kirchlicher Probleme von auswärtigen Faktoren ab, die die Menschen in der Ukraine kaum beeinflussen können: Ohne die Verantwortlichen in Moskau, Konstantinopel und Rom lassen sie sich nicht einer Klärung näher bringen. Die innerukrainischen Akteure haben also nicht viele Möglichkeiten, die Situation alleine zu verändern. Da sie außerdem noch divergierende Interessen haben, ist kaum zu erwarten, dass sich die Situation in absehbarer Zeit bessert. Die kirchliche Situation ist in gewisser Hinsicht ein komplexes Abbild der politischen und gesellschaftlichen Lage im Lande. Sowohl in politischer als auch in kirchlicher Hinsicht ist daher ein Kurs notwendig, der die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt.

Über den Autor

Thomas Bremer unterrichtet Ostkirchenkunde und Ökumenische Theologie an der Katholisch-theologischen Fakultät der Universität Münster.

Lesetipps

- Thomas Bremer (Hg.): Religion und Nation. Die Situation der Kirchen in der Ukraine, (Schriften zur Geistesgeschichte des östlichen Europa, Bd. 27), Wiesbaden 2003.
- Regelmäßiger Newsletter: Nachrichtendienst Östliche Kirchen, www.kirchen-in-osteuropa.de

Chronik
Vom 24.6.2008 bis 9.9.2008

24.6.2008	Der ukrainische Außenminister Wladimir Ogrysko sagt, dass die Ukraine den Aufenthalt der russischen Schwarzmeerflotte zum 28.5.2017 beenden werde. Kurz zuvor hatte sich Russland bereit erklärt seine Zahlungen für den Stützpunkt zu erhöhen. Am Folgetag verkündet die Kommunistische Partei der Ukraine sie habe mehr als 2 Mio. Unterschriften für die Verlängerung des Pachtvertrages der russischen Flotte in Sewastopol gesammelt.
25.6.2008	Die Außenministerin Georgiens Eka Tkeschelaschwili erklärt, dass ihr Land der NATO nur beitreten wolle, wenn auch der Ukraine ein Beitritt ermöglicht wird.
25.6.2008	Das ukrainische Außenministerium verbittet sich eine weitere Einmischung seines russischen Pendant in innerukrainische Angelegenheiten. Anlass waren wiederholte Äußerungen des russischen Außenministeriums zu den Feierlichkeiten zum 65. Jahrestag der Gründung der SS-Division »Galizien«.
27.6.2008	Das Verfassungsgericht der Ukraine hat entschieden, dass ein Parlamentsabgeordneter nicht das Recht hat aus der Fraktion, über deren Liste er sein Mandat erhalten hat, auszuscheiden oder ihr nicht beizutreten.
27.6.2008	Der Vorsitzende der zentralen Wahlkommission Wladimir Schapowal erklärt, dass es derzeit keine rechtlichen Grundlagen für Neuwahlen zum Parlament gebe.
29.6.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko sagt nach einem Treffen mit ihrem Amtskollegen Wladimir Putin, dass der Gaspreis für die Ukraine nicht schlagartig, sondern schrittweise in den nächsten drei bis vier Jahren auf europäisches Niveau ansteigen wird. Tags zuvor hatte Putin die Ukraine abermals davor gewarnt in die NATO einzutreten – man werde andernfalls die Zusammenarbeit auf sensiblen Wirtschaftsfeldern beenden.
30.6.2008	Der Block Julia Timoschenko hat dem Abgeordneten Igor Rybakow sein Mandat vorzeitig entzogen und ihn aus der Fraktion ausgeschlossen. Er selbst hatte zuvor ein Schreiben zu seinem Austritt aus der Koalition eingereicht und hatte damit (zusammen mit Jurij But) die Krise der Regierung Timoschenko ausgelöst, die seither nicht mehr über eine Mehrheit im Parlament verfügt. Möglich macht diesen Schritt die Entscheidung des Verfassungsgerichtes zum imperativen Mandat.
1.7.2008	Die ukrainische Regierung erhöht ihre Prognose für die Inflation von 9,6 % auf 15,3 % für 2008. An dem erwarteten BIP-Wachstum von 6,8 % hält sie aber fest.
7.7.2008	Die Regierung präsentiert die Änderungen im Staatshaushalt für 2008. Der größte Ausgabenanstieg ist im sozialen Bereich zu verzeichnen. Die Vorschläge des Präsidenten werden dabei nur in geringem Umfang berücksichtigt, wodurch die Genehmigung des Haushalts durch das Parlament gefährdet ist und auch ein Veto des Präsidenten möglich scheint. Die Partei der Regionen will dem Vorschlag nur zustimmen, wenn ihre eigenen Forderungen im sozialen Bereich noch berücksichtigt werden und der Regierungsbericht zum Haushalt 2007 angehört wird.
7.7.2008	Das Kiewer Berufungsgericht bestätigt, dass das Verfahren gegen Innenminister Jurij Luzenko wegen einer Ohrfeige gegen den Kiewer Bürgermeister Leonid Tschernowetzkij eingestellt wird.
8.7.2008	Die Partei der Regionen beschließt, für die Resolution eines Misstrauensvotums gegenüber der Regierung zu stimmen. Abgeordnete des Blocks Timoschenko blockieren die Rednertribüne und fordern eine Diskussion des Staatshaushaltes. Daraufhin schließt der Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk die Parlamentssitzung. Zuvor hatte er bestätigt, dass die benötigten 150 Stimmen für ein Misstrauensvotum bereits vorlägen. Der Block Timoschenko blockiert bis zum 10.7. das Parlament.
10.7.2008	Das Verfassungsgericht erklärt das Recht des Präsidenten, nationale Kommissionen zur Regulierung natürlicher Monopole ein- und abzusetzen, für verfassungswidrig.
10.7.2008	Viktor Janukowitsch, Fraktionsführer der Partei der Regionen, erklärt, dass es im Parlament genug Stimmen gebe, um die Regierung Timoschenko abzusetzen. Nach seiner Rechnung verfügen die Oppositionsparteien über 222 Stimmen, dazu kämen die Stimmen der aus der Koalition Ausgetretenen.
10.7.2008	Der Europarat hat den Aktionsplan der EU für die Ukraine (2008–2011) bestätigt. Er legt die Richtlinien für die Zusammenarbeit in den Bereichen, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit fest.
11.7.2008	Nachdem der Präsident der Ukraine Viktor Juschtschenko am Vortag einen eigenen Vorschlag zum Staatshaushalt 2008 ins Parlament eingebracht hat, nennt der Finanzminister Nikolaj Asarow diesen Schritt verfassungswidrig, da nur der Regierung das Vorschlagsrecht zustehe.

11.7.2008	Die oppositionelle Partei der Regionen blockiert die Rednertribüne im Parlament und fordert eine Verlängerung der Parlamentsarbeit bis zum 18. Juli. Mit einer Mehrheit von 417 der insgesamt 446 Stimmen wird beschlossen, auf der laufenden Parlamentssitzung die drei folgenden Fragen zu bearbeiten: Vertrauensfrage gegenüber der Regierung, Staatshaushalt 2008 und vorgezogene Wahlen in einigen Gemeinden. Das von der Partei der Regionen initiierte Misstrauensvotum wird vom Parlament nicht unterstützt. Das Parlament nimmt weder den Vorschlag der Regierung noch den des Präsidenten zu den Änderungen im Staatshaushalt an. Der Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk beendet die 2. Sitzungsperiode der VI. Werchowna Rada und entlässt die Abgeordneten in die Sommerpause.
14.7.2008	Eine zweiwöchige militärische Übung der ukrainischen Marine und der NATO beginnt. An dem Manöver Sea Breeze nehmen Kriegsflotten aus 15 Ländern teil. Der Auftakt wird von Protesten in Odessa begleitet, bei denen einige Dutzend Demonstranten mit der Polizei aneinandergeraten.
14.7.2008	Die Ukraine unterschreibt mit Japan ein Referendum, das den diesjährigen Eintritt in den Handel mit Quoten für Treibhausgase erlaubt. Im Jahre 2004 hatte auch die Ukraine das Kyoto-Protokoll unterschrieben, worin der Verkauf ungenutzter Quoten vorgesehen ist.
16.7.2008	Die Fraktion Block Timoschenko sammelt Unterschriften für eine außerplanmäßige Sitzung des Parlaments, um über die Vorschläge der Regierung zum Staatshaushalt 2008 abzustimmen. 150 Stimmen müssen für die Einberufung gesammelt werden.
17.7.2008	Russland weigert sich den von der Ukraine angeklagten ehemaligen stellvertretenden Leiter des Sicherheitsdienstes Wladimir Sasjuk auszuliefern. Ihm wird Amtsmissbrauch und die Fälschung von Dienstdokumenten vorgeworfen. Aber auch an dem Vergiftungsversuch an Präsident Viktor Juschtschenko soll er beteiligt gewesen sein.
17.7.2008	Der ukrainische Verteidigungsminister Jurij Jechanurow sagt, das ein Verbleiben der russischen Schwarzmeerflotte auf ukrainischem Gebiet über das Jahr 2017 hinaus nur mit einer Verfassungsänderung möglich sei, denn nach der jetzigen ist die Stationierung fremder Truppen im Land untersagt. Für solch eine Änderung wären im Parlament 300 Stimmen nötig.
21.7.2008	Die EU-Außenminister verweigern der Ukraine die EU-Beitrittsperspektive und bieten ihr stattdessen ein Assoziierungsabkommen an. Bundeskanzlerin Angela Merkel wiederholt dieses Angebot bei ihrem ersten Arbeitsbesuch in Kiew.
21.7.2008	Mitglieder der ukrainischen Partei Bratstwo (Bruderschaft) blockieren mit Booten den Hafen von Odessa, in dem Kriegsschiffe der NATO-Militärübung Sea Breeze liegen.
22.7.2008	Wladimir Ogrysko, Außenminister der Ukraine, erklärte, dass das Außenministerium bereits einen Gesetzesvorschlag für den Abzug der russischen Flotte aus der Ukraine vorbereitet habe. Die russische Seite nennt diesen Schritt vorzeitig und kontraproduktiv.
24.7.2008	Präsident Viktor Juschtschenko ist überzeugt, dass der Abgeordnete des Blocks Unsere Ukraine David Schwania und sein ehemaliger Wahlkampfleiter etwas mit seiner Vergiftung im Jahre 2004 zu tun haben. Ersterer hatte in den letzten Wochen des Öfteren behauptet, Juschtschenko sei damals nicht vergiftet und die Testergebnisse seien gefälscht worden.
25.7.2008	Es beginnen die Feierlichkeiten zur 1020-jährigen Christianisierung der Rus', die von Streitigkeiten zwischen den orthodoxen Kirchen überschattet werden. Der Sicherheitsdienst der Ukraine verweigerte dem Duma-Abgeordneten Konstantin Satulin die Einreise in die Ukraine und nimmt ihn auf dem Flughafen Simferopol fest, weil er die Unstimmigkeiten weiter anstacheln wolle. Bereits im Frühjahr wurde ihm die Einreise wegen antiukrainischer Äußerungen verweigert.
25.7.2008	Die Leiterin des Komitees zum Schutz der Menschenrechte im Parlament Nina Karpatschowa erklärt, dass es seit Jahresbeginn in der Ukraine 35 rassistisch motivierte Überfälle auf Ausländer gegeben habe, wobei 15 gestorben seien. Dies sagt sie nachdem 5 chinesische Studenten auf offener Straße mit Messern angegriffen wurden.
27.7.2008	Bei schweren Überschwemmungen im Westen der Ukraine kommen 36 Menschen ums Leben und 40.000 Häuser werden überflutet. Es entsteht ein Sachschaden von mehr als 100 Mio. Euro. In 6 Regionen wird für die kommenden 90 Tage der ökologische Notstand ausgerufen. Die Regierung beschließt ca. 26 Mio. für die Kompensation der Schäden bereitzustellen.
29.7.2008	Das ukrainische Außenministerium übergibt eine Protestnote an die russische Regierung, weil die russische Schwarzmeerflotte am Berufsfeiertag der Marine einige Platzpatronen abgefeuert hat, obwohl die Ukraine gebeten hatte davon abzusehen. Gleichzeitig stockt Russland seine Kräfte am Schwarzen Meer auf und verfügt nun auch über ein neues Minensuchboot.
30.7.2008	Die ukrainische Helsinki-Gruppe stellt ihren Jahresbericht für 2007 vor, in dem sie die Verschlechterung der Menschenrechtslage beklagt. Sie begründen ihr Urteil mit zahlreichen Folterfällen und schlechten Bedingungen in den ukrainischen Gefängnissen.

6.8.2008	Das Einreiseverbot für den russischen Abgeordneten Konstantin Satulin wird vom ukrainischen Außenministerium aufgehoben. Die gegen ihn gerichtete Klage wegen antiukrainischer Äußerungen hat allerdings weiterhin Bestand.
7.8.2008	Der Leiter der Präsidialverwaltung Viktor Baloha reagiert mit Unverständnis auf den Vorschlag der Ministerpräsidentin Julia Timoschenko, die angesetzte Parade der Streitkräfte in Kiew nicht durchzuführen, um das Geld den Hochwassergebieten zukommen zu lassen. Alles sei bereits vorbereitet, mit einer Aussetzung könne man kein Geld mehr sparen. Außerdem solle der Tag der Unabhängigkeit für alle Ukrainer ein Festtag sein, auch in solch einer schwierigen Situation.
8.8.2008	Das ukrainische Außenministerium drückt seine große Sorge im Zusammenhang mit der Verschärfung des Konfliktes in Südossetien aus und ruft alle Seiten zur Beendigung der Auseinandersetzungen auf. Es betont die territoriale Integrität Georgiens und ist bereit sich auf diplomatischem Wege für eine friedliche Lösung des Konfliktes einzusetzen.
8.8.2008	Präsident Viktor Juschtschenko schickt den stellvertretenden Außenminister Konstantin Jelisejew als seinen Sondergesandten nach Tiflis, damit er friedliche Wege zur Beilegung des Konfliktes finde und er beauftragt die Regierung, Hilfslieferungen für die notleidende Bevölkerung im Konfliktgebiet bereitzustellen.
8.8.2008	Präsident Viktor Juschtschenko beschuldigt die ukrainische Regierung eine schnelle Grenzabfertigung der Hilfsgüter aus dem Ausland für die Opfer der Flutkatastrophe nicht sichern zu können. Alexander Turtshinow, erster stellvertretender Regierungschef, erwidert, dass bisher alle Güter unverzüglich abgefertigt worden seien und es hier keine Probleme gebe.
9.8.2008	Etwa 70 Anhänger der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei sowie der »Union der jungen Sozialisten« versammeln sich vor der Botschaft Georgiens in Kiew und protestieren gegen die georgische Politik gegenüber Südossetien.
10.8.2008	Die in der Ukraine stationierte russische Schwarzmeerflotte soll vor der Küste Georgiens Waffenlieferungen verhindern, berichtet Interfax-AVN mit Bezug auf Aussagen aus dem Flottenstab. Die Ukraine warnt Russland vor diesem Schritt und kündigt an, die im Rahmen des Konfliktes ausgelaufenen Schiffe bis zur Beilegung der Auseinandersetzungen nicht wieder in den Hafen zurückzulassen.
11.8.2008	Die Ukraine schickt ein Kriegslazarett in die umkämpften Gebiete in Georgien und ruft alle anderen Staaten zu humanitärer Hilfe auf.
11.8.2008	Die Partei Ukrainische Nationalversammlung-Ukrainische Nationale Selbstverteidigung führt in Kiew vor der russischen Botschaft eine Protestaktion durch. Sie fordern den Abzug der russischen Schwarzmeerflotte, das Ende der Kampfhandlungen und den Abzug der russischen Friedenstruppen aus Südossetien und Abchasien.
11.8.2008	Der Sondergesandte des Präsidenten der Ukraine, der stellvertretende Außenminister Konstantin Jelisejew erklärt, dass derzeit die Unterstützung Georgiens auf zwei Ebenen versucht werde – auf der politischen und der humanitären. Bei der Militärtechnik sei eine Zusammenarbeit zwar legitim, werde aber nicht in Betracht gezogen.
11.8.2008	Die ukrainische Partei Sobor ruft alle Demokraten der Welt auf, russische Waren und Dienstleistungen zu boykottieren, um Russland damit zu Verhandlungen und zum Truppenabzug aus Georgien zu zwingen.
12.8.2008	Das Außenministerium der Ukraine verurteilt Russland, weil es bei seinen militärischen Handlungen die Grenzen des Konfliktgebietes überschritten habe und damit die Souveränität und territoriale Integrität eines unabhängigen Staates verletze.
12.8.2008	Das Justizministerium verkündet, dass der Einsatz der russischen Schwarzmeerflotte in bewaffneten Konflikten in den Vereinbarungen zwischen der Ukraine und Russland nicht geregelt sei. Kurz zuvor hatte die Ukraine der Flotte eine Rückkehr in den Hafen nach einem Einsatz im Konflikt um Südossetien und Abchasien verweigert.
12.8.2008	Viktor Juschtschenko, Präsident der Ukraine, besucht mit vier weiteren Präsidenten ehemaliger Sowjetrepubliken Tiflis, um Solidarität mit dem georgischen Volk zu demonstrieren und sich für die Souveränität und territoriale Ganzheitlichkeit Georgiens auszusprechen. Seine Worte: » Es lohnt sich, für die Freiheit zu kämpfen«.
13.8.2008	Eine neue Regelung für den Einsatz der russischen Schwarzmeerflotte in Konflikten außerhalb der Ukraine wird vom ukrainischen Präsidenten und dem nationalen Rat für Sicherheit und Verteidigung festgelegt. Ein solcher Einsatz muss nun im Vorhinein bei den ukrainischen Behörden vorgelegt werden. Dieser Erlass des Präsidenten ist jedoch nicht rückwirkend – kann also auf die bereits im Zuge des Konflikts um Südossetien ausgerückten Schiffe nicht mehr angewendet werden. Allgemein müssen nun alle Grenzübertritte der russischen Schiffe 72 Stunden vorher angemeldet werden. Das russische Außenministerium bewertet diese Neuregelung als »ernsthaften antirusischen Schritt«.
14.8.2008	Der ukrainische und der amerikanische Präsident, Viktor Juschtschenko und George Bush, verständigen sich darauf, angesichts der neuen Entwicklungen im Kaukasus, die euroatlantischen Beziehungen zu erneuern.

15.8.2008	Die Präsidenten der Ukraine und Lettlands, Viktor Juschtschenko und Vladis Zatlars, verständigten sich in einem Telefongespräch darauf, den Einsatz von internationalen Friedenstruppen in Südossetien zu befürworten. Die Ukraine sei auch bereit eigene Friedenssoldaten zu entsenden. Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk wirft der internationalen Gemeinschaft absolute Ratlosigkeit und Versagen im Kaukasuskonflikt vor.
18.8.2008	Der ukrainischen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko wird von Andrej Kislinski, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Präsidentialverwaltung Hochverrat vorgeworfen, weil sie die Handlungen Russlands im Konflikt um Südossetien nicht verurteilt habe und versuche, sich die Unterstützung Russlands für die nächsten Präsidentschaftswahlen zu sichern. Entsprechendes Beweismaterial wolle man umgehend den Sicherheitskräften übergeben.
20.8.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko bestreitet die Vorwürfe, geheime Vereinbarungen mit der russischen Regierung getroffen zu haben und vermutet, diese sollten nur die Koalition entzweien. Des Weiteren warnte sie vor einer Eskalation des Konflikts mit Russland um die Schwarzmeerflotte. Auch Präsident Viktor Juschtschenko hielt die Politiker des Landes dazu an, sich mit wilden Spekulationen über eine baldige Beendigung des Vertrages zurückzuhalten.
24.8.2008	Die Ukraine feiert den 17. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit. Präsident Viktor Juschtschenko mahnt in seiner Rede einen baldigen NATO-Beitritt der Ukraine an. Die NATO hatte der Ukraine im April eine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt, sich aber gegen die Aufnahme in den Aktionsplan zur Vorbereitung auf die Mitgliedschaft entschieden.
25.8.2008	Der Abgeordnete der Fraktion Block Litwin Michail Sirota und sein Fahrer kommen bei einem Autounfall im Gebiet Kiew ums Leben. Seine Frau wird mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Er wurde aufgrund seines Engagements in entsprechenden Kommissionen als »Vater der ukrainischen Verfassung« bezeichnet.
26.8.2008	Das russische Außenministerium beklagt die Absage der Delegation des ukrainischen Außenministeriums am für den Folgetag geplanten Treffen teilzunehmen. Vor allem bedauere man, dass Kiew zum wiederholten Male den Meinungsaustausch über die Medien dem persönlichen Gespräch vorziehe.
26.8.2008	Die Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens durch Russland beurteilen Boris Tarasjuk (Leiter des parlamentarischen Komitees für Europäische Integration) sowie das ukrainische Außenministerium als Verletzung des Völkerrechts. Auch der stellvertretende Ministerpräsident für europäische und internationale Fragen Hrihorij Nemyrja, betont, dass die Ukraine die territoriale Integrität Georgiens uneingeschränkt unterstütze. Der Führer der Partei der Regionen, Viktor Janukowitsch, spricht sich für eine Unterstützung der Unabhängigkeit dieser Regionen aus. Er bezeichnet die Anerkennung Russlands dieser Regionen als logische Folge der Anerkennung des Kosovo. Der Präsident der Ukraine, Viktor Juschtschenko erklärt am Folgetag, dass die Ukraine die russische Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien nicht unterstütze und betont abermals die territoriale Integrität eines jeden Landes. Eine Verletzung dieses Prinzips könne auch in anderen Regionen der Welt zu Problemen führen. Zwei Tage später erklärt die kommunistische Partei der Ukraine einen Gesetzesantrag zur Anerkennung der beiden Regionen ins Parlament eingebracht zu haben
1.9.2008	Der Leiter der Präsidentialverwaltung Viktor Baloha erklärte, dass es aufgrund der Zurückhaltung der Ministerpräsidentin Julia Timoschenko bei der Kritik an Russland zu einer Spaltung innerhalb der Regierungskoalition kommen könne. Auch vorfristige Parlamentsneuwahlen schloss er nicht aus.
1.9.2008	Der Präsident der Ukraine, Viktor Juschtschenko, trifft sich mit der Fraktion Unsere Ukraine und ruft sie zu gemeinsamen Handeln auf. In den letzten Tagen hatten Viktor Baloha, der Leiter der Präsidentialverwaltung, und Raissa Bogatyrjowa, die Leiterin des Nationalen Rates für Sicherheit und Verteidigung, eine Spaltung der Regierungskoalition vorausgesagt. Der Block Timoschenko erklärt, keinen anderen Koalitionspartner zu suchen, wie es ihm von verschiedenen Seiten vorgeworfen worden war.
1.9.2008	Raissa Bogatyrjowa, die Leiterin des Nationalen Rates für Sicherheit und Verteidigung, wird aus der Partei der Regionen ausgeschlossen, weil sie auf einer USA-Reise die Befürwortung der Anerkennung der Unabhängigkeit der georgischen Gebiete durch den Parteivorsitzenden Viktor Janukowitsch, als dessen persönliche Meinung deklarierte, die mit der Partei nichts zu tun habe. Disziplinarmaßnahmen werden angestrebt. Sie selbst erklärt am übernächsten Tag, das sie nicht vorhabe die Partei zu verlassen.
1.9.2008	Der Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk legt einen 5-Punkte-Plan zur Rettung der Koalition vor. Darin fordert er die Festlegung der Innen- und Außenpolitik bis 2010, eine Regelung der Zusammenarbeit der Koalition mit anderen parlamentarischen Fraktionen. Weiter sagt er, die politischen Kräfte im Land seien noch nicht bereit für vorgezogene Neuwahlen.
2.9.2008	Der Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk eröffnet die dritte Sitzungsperiode der Werchowna Rada.

2.9.2008	Die Fraktion Unsere Ukraine beschließt den Austritt aus der Regierungskoalition. 39 Abgeordnete stimmen dafür, von ihnen gehört niemand der Fraktionspartei »Nationale Selbstverteidigung« an. Vor allem die Auseinandersetzungen über die Haltung im Georgien-Konflikt sorgten im Vorfeld für harte Auseinandersetzungen. Des Weiteren kann der Block Timoschenko mit Unterstützung der Abgeordneten der Partei der Regionen vier Gesetze beschließen, mit denen die Vollmachten des Präsidenten spürbar eingeschränkt werden. Dazu gehört u. a. ein vereinfachtes Verfahren zur Absetzung des Präsidenten. Der Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk wirft den beiden Fraktionen daraufhin vor, »Abmachungen« getroffen zu haben. Der Austritt einer Fraktion aus der Koalition wird nach 10 Tagen gültig, wenn es nicht zu einer erneuten Einigung kommt. Innerhalb der nächsten 30 Tage kann dann eine neue Koalition gebildet werden. Wenn dies nicht geschieht, erhält der Präsident des Landes das Recht, das Parlament aufzulösen. Präsident Viktor Juschtschenko kündigt am Tag nach dem Koalitionsaustritt bereits an, von diesem Recht Gebrauch machen zu wollen.
2.9.2008	Das Parlament kann sich nicht auf eine Resolution zum Kaukasus-Konflikt einigen. Ein provisorischer Untersuchungsausschuss zur Frage ukrainischer Waffenlieferungen an Georgien wird gebilligt.
2.9.2008	Seitdem die Ukraine im Mai 2008 der WTO beigetreten ist, werden in Russland Maßnahmen zum Schutz der russischen Wirtschaft diskutiert. Die russische Regierung hat nun verschiedene Ministerien mit der Ausarbeitung neuer Gesetze zu diesem Zwecke beauftragt. Das Freihandelsabkommen steht somit auf dem Prüfstein.
3.9.2008	Eine Gruppe von Ministern der Fraktion Unsere Ukraine verlassen den Sitzungssaal der Regierung, weil der Block Timoschenko im Parlament im Alleingang die Aufkündigung der Koalitionsverpflichtungen vollzogen habe, so der erste stellvertretende Ministerpräsident Ivan Wasjunik.
3.9.2008	Der Präsident der Ukraine Viktor Juschtschenko verkündet, dass sich im Parlament de facto eine neue Koalition gebildet habe, da der Block Timoschenko mit der Partei der Regionen und den Kommunisten eine neue Verbindung eingegangen sei. Seiner Meinung nach liegen dieser Verbindung nicht die nationalen Interessen des Landes zu Grunde. Mit ihren Gesetzesänderungen, insbesondere dem »Gesetz über die Regierung«, würden sie eine »Diktatur des Ministerpräsidenten« installieren.
4.9.2008	Der Fraktionsführer von Unsere Ukraine Wjatscheslaw Kirillenko nennt drei Bedingungen, unter denen eine Koalition mit dem Block Timoschenko möglich sei. Nötig wäre eine gemeinsame Position in der georgischen Frage; bei Fragen zur Machtbeschränkung des Präsidenten sowie der Verteidigungs- und Außenpolitik solle der Block nicht mehr mit der Partei der Regionen und den Kommunisten abstimmen, und auch sonst müssten diese Kontakte eingestellt werden.
5.9.2008	Die Werchowna Rada wendet sich an den Präsidenten Viktor Juschtschenko mit der Forderung den Leiter der Präsidentschaftsverwaltung Viktor Baloha abzusetzen, weil er die Arbeit der Abgeordneten behindere und ungesetzliche Grundstücksverkäufe decke.
9.9.2008	Beim EU-Ukraine-Gipfel in Paris wird ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine diskutiert, wobei der Name jedoch ausdrücklich nicht für eine Beitrittsperspektive steht. Die besondere Verbundenheit der Ukraine mit der EU kommt in der Formulierung, sie sei ein »europäisches Land, das mit der EU eine Geschichte und gemeinsame Werte teilt« zum Ausdruck. Bis 2010 sind 500 Mio. Euro Hilfgelder für die Ukraine vorgesehen. Eine gemeinsame Freihandelszone und Visierleichterungen für ukrainische Bürger werden angestrebt.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de